



Transformation zu globaler Nachhaltigkeit

Ressortbericht zur Umsetzung der Deutschen
Nachhaltigkeitsstrategie und der SDGs



”

Zur Halbzeit der Agenda 2030 kann die internationale Gemeinschaft nicht den Fortschritt verzeichnen, den sie sich bei ihrer Verabschiedung erhofft hatte. Daher gilt es, unsere Anstrengungen weiter zu verstärken und unser politisches Engagement weiter auszuweiten.

“

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung verfolgen alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ein ambitioniertes Ziel: Die globale Transformation zu einer sozial und ökologisch gerechten und resilienten Gesellschaft. Damit ist die Agenda 2030 auch für die deutsche Entwicklungspolitik eine wichtige Richtschnur. Wir setzen sie konsequent um: in der Zusammenarbeit mit Partnerländern, in unserem Mitwirken auf internationaler Ebene, indem wir nachhaltiges Engagement in Deutschland fördern und durch ein nachhaltig arbeitendes und klimaneutrales Ministerium.

Im Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode wurde zuletzt noch einmal bekräftigt, wie wichtig es ist, eine nachhaltige Entwicklung und die Agenda 2030 ambitioniert umzusetzen. Dafür werden Maßnahmen zum Erreichen der 17 Ziele in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie formuliert, die stetig weiterentwickelt wird.

Die Folgen globaler Krisen – etwa des Klimawandels, Biodiversitätsverlusts, der COVID-19-Pandemie und nicht zuletzt des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine – werfen uns jedoch in der Umsetzung der Agenda 2030 zurück. Die Weltgemeinschaft steht vor weiteren Herausforderungen; Prioritäten müssen überdacht und bei Bedarf neu gesetzt werden.

Die deutsche Entwicklungspolitik kann und muss Antworten auf globale Krisen liefern. Es ist unser Auftrag, unsere Partnerländer auch in Krisenzeiten langfristig zu unterstützen. Krisen beeinflussen sich gegenseitig und Ansätze, Instrumente und Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen müssen gut zusammenwirken. Dazu habe ich vier politische Schwerpunkte gesetzt: (1) die COVID-19-Pandemie mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu bewältigen, (2) Hunger und Armut weltweit wirksam zurückzudrängen, (3) eine Just Transition – einen sozial gerechten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft – zu gestalten und (4) eine feministische Entwicklungspolitik zu verfolgen. Mein Ziel ist es, strukturelle Ungleichheiten zu beseitigen und die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben für alle Menschen zu ermöglichen. Nicht nur weil es gerecht ist, sondern auch, weil die Ergebnisse dann besser sind.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!



Ihre Svenja Schulze
Bundesministerin für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	4
1. Einführung	6
2. Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland, mit Partnerländern und international	7
2.1. Bei uns beginnen: Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland	7
2.2. Mit Partnerländern voranschreiten: Nachhaltigkeitspolitik in der Zusammenarbeit mit Partnerländern	16
2.3. International gemeinsam vorangehen: Umsetzung der Agenda 2030 auf internationaler Ebene	24
2.4. Finanzierung als Hebel für nachhaltige Entwicklung	30
3. Schwerpunkte und Leuchttürme in der Umsetzung der Agenda 2030	34
3.1. Umsetzung der Kernthemen	34
3.2. Initiativthemen	48
4. Die 17 Ziele auf einen Blick	51
4.1. Ausgewählte Aktivitäten des BMZ pro SDG	51
4.2. Ausgewählte Beiträge des BMZ zu DNS-Indikatoren	55
5. Ausblick	58

Abkürzungsverzeichnis

AAAA	Addis Ababa Action Agenda (Addis Abeba Aktionsagenda)
BAF	Blue Action Fund
BImA	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
DAC	Development Assistance Committee (Ausschuss für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD))
DEval	Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit
DNS	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie
EG	Engagement Global
EGD	Europäischer Grüner Deal
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
HLPF	High-Level Political Forum on Sustainable Development
IDI	INTOSAI Development Initiative
IDOS	German Institute of Development and Sustainability
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
LDC	Least Developed Countries (Die am wenigsten entwickelten Länder)
LNOB	Leave No One Behind
MPI	Multidimensional Poverty Index
NDCs	Nationally Determined Contributions (Nationale Klimabeiträge)

NDICI	Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument (Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit)
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungsleistungen)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
ORKB	Oberste Rechnungskontrollbehörde
OPHI	Oxford Poverty and Human Development Initiative
PPP	Public Private Partnerships (Öffentlich-private Partnerschaften)
RNE	Rat für Nachhaltige Entwicklung
SDGs	Sustainable Development Goals
SDR	Sustainable Development Report
SDSN	Sustainable Development Solutions Network
SEWOH	Sonderinitiative EINEWELT ohne Hunger
TEI	Team-Europe-Initiative
THG	Treibhausgas-Emissionen
UNDESA	United Nations Department of Economic and Social Affairs
UNFPA	United Nations Population Fund
UNDCC	United Nations System Staff College
VLR	Voluntary Local Review
VN	Vereinte Nationen
VNR	Voluntary National Review
WHO	World Health Organization
ZGO	Zivilgesellschaftliche Organisationen

1. Einführung

Die Welt ist im Umbruch und mit multiplen Krisen konfrontiert. Neben den bereits bestehenden globalen Herausforderungen erfordern die COVID-19-Pandemie und nicht zuletzt der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine umfassende Antworten – auch in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Die *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung* (kurz: *Agenda 2030*) ist hierbei der Handlungsrahmen für die internationale Zusammenarbeit und die politische Leitlinie für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt das Ziel einer umfassenden Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der *Agenda 2030* in Deutschland, mit Partnerländern und auf internationaler Ebene. Nachhaltigkeit wird damit zum Leitprinzip allen Handelns. Im Mittelpunkt steht dabei das Engagement gegen Armut und Hunger und für gesunde Menschen in einer gesunden Umwelt.

Sieben Jahre nach Inkrafttreten der *Agenda 2030* ist das Gesamtbild der globalen Umsetzung jedoch besorgniserregend. Laut dem Fortschrittsbericht zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) 2022 des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN) erfolgt die bis 2030 notwendige Transformation, trotz der vielfachen Umsetzungsbemühungen und einzelner Fortschritte, weder in der erforderlichen Geschwindigkeit noch in ausreichender Tiefe. Es ist daher umso wichtiger, im Vorfeld des zweiten SDG-Gipfels der Staats- und Regierungschefs im Jahr 2023 – zur Halbzeit der *Agenda 2030* – unsere politischen Bemühungen und Verpflichtungen zur Erreichung der SDGs weiter voranzutreiben, gemeinsam mit nationalen und internationalen Partnern und Allianzen.

Neben der Bewältigung akuter Krisen, etwa der COVID-19-Pandemie, ist es eine Zukunftsaufgabe der deutschen Entwicklungspolitik, die Bearbeitung weltweit drängender Herausforderungen nicht zu vernachlässigen. Zentral sind in diesem Zusammenhang z.B. die folgenden in der *Agenda 2030* bereits festgeschriebenen Ziele: Beseitigung von Hunger und Armut, die Begrenzung des Klimawandels und des Biodiversitätsverlusts sowie das Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit.

Der vorliegende Ressortbericht zeigt, wie das BMZ in den vergangenen Jahren zur Umsetzung der *Agenda 2030* auf drei Ebenen beigetragen hat und in Zukunft dazu beitragen wird: In Deutschland, mit Partnerländern und auf internationaler Ebene. Der Bericht zeigt auf, wie wichtige Themenbereiche der *Agenda 2030* innerhalb der Arbeit des BMZ tief miteinander verwoben werden. Zentral ist die Verknüpfung von Klima- und Umwelt mit Armuts- und Entwicklungsfragen im Sinne einer „Just Transition“. Der Fokus dieses Berichts liegt daher nicht auf den einzelnen SDGs. Vielmehr zeigt Kapitel 2 auf, wie integrierte und systematische Ansätze des BMZ die *Agenda 2030* weltweit befördern.

Wichtige Akzente und Leuchttürme der bisherigen und zukünftigen Arbeit werden in Kapitel 3 vorgestellt. Auch hier zeigt sich die große Bandbreite an Themen – etwa die Bekämpfung von Hunger, die Sicherung guter Arbeitsbedingungen oder die Nutzung der Digitalisierung. Das BMZ agiert dabei nicht losgelöst von anderen Akteur*innen, sondern leistet einen bewussten Beitrag zur Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, dem Gesamtkonzept für die Umsetzung der *Agenda 2030* in Deutschland. Die Einbettung in diese Strategie wird anhand der Indikatoren und Transformationsbereiche ebenfalls anschaulich dargestellt (Kapitel 4). Der Ausblick in Kapitel 5 macht deutlich, wie das BMZ in Zukunft vorangehen wird, um seine entwicklungspolitischen Ziele zu erreichen.

2. Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland, mit Partnerländern und international

2.1. Bei uns beginnen: Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland

2.1.1. Globale Verantwortung für unser Handeln in Deutschland übernehmen

Das BMZ setzt sich auch in Deutschland für eine global nachhaltige Entwicklung ein. Es nimmt die globale Dimension unseres Handelns in den Blick, insbesondere gerechte Globalisierung und fairen Handel, damit der Wohlstand in Deutschland nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt in den Ländern des globalen Südens erwirtschaftet wird.

Daran arbeitet das BMZ als Ressort der Bundesregierung in seinem Verantwortungsbereich. Wichtige Partner hierfür sind zentrale gesellschaftliche Akteur*innen auf allen Ebenen: Zivilgesellschaft, Länder, Kommunen, Wissenschaft, Privatwirtschaft sowie jede und jeder Einzelne (siehe Kapitel 2.1.2).

Von Bedeutung ist dabei aber auch die Kohärenz nationaler und europäischer Politik mit entwicklungspolitischen und internationalen Zielsetzungen. Politik kann in Deutschland nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn sie nicht losgelöst von ihrem internationalen Umfeld gestaltet wird. Zugleich kann sie auf andere Länder positive oder negative Auswirkungen haben. Deshalb setzt sich das BMZ dafür ein, alle Politikfelder noch konsequenter in globalen Zusammenhängen zu denken und sie auf die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung auszurichten.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS)

Mit der DNS bekennt sich die Bundesregierung zu ihrer Verantwortung, die *Agenda 2030* auf drei Ebenen umzusetzen: in Deutschland, mit Partnerländern und in internationalen Organisationen und Gremien. Seit der Weiterentwicklung der Strategie im März 2021 weisen nun mindestens 14 der insgesamt 75 Indikatoren unmittelbar auf Deutschlands globale Verantwortung hin. Auf Vorschlag des BMZ wurde im Rahmen der Weiterentwicklung 2021 der neue Indikator 15.3b „Weltweiter Bodenschutz“ verankert. Gemeinsam mit weiteren Ressorts der Bundesregierung hatte das BMZ an der Erstellung des Indikators 3.3 „Globale Pandemieprävention und -Reaktion“ mitgewirkt. Damit greift die DNS aktuelle Herausforderungen auf, die zugleich verdeutlichen, wie notwendig gemeinsames Handeln auf globaler Ebene ist.

Indikator 15.3b: Weltweiter Bodenschutz

Ziel des Indikators ist es, bis 2030 Deutschlands Beitrag für den internationalen Bodenschutz zu steigern. Daher umfasst er alle bilateralen Bruttoentwicklungsausgaben Deutschlands im Zusammenhang mit der Umsetzung des Übereinkommens der VN zur Bekämpfung der Wüstenbildung in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Indikator 3.3: Globale Pandemieprävention und -reaktion

Der Indikator umfasst Ausgaben oder Zusagen Deutschlands für Programme zur Pandemieprävention und -reaktion. Ausgenommen sind hierbei Programme zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Das ausdrückliche Ziel ist es, bis 2030 Deutschlands Beitrag für die globale Pandemieprävention und -reaktion gegenüber 2019 substantiell zu steigern. So übernimmt Deutschland global Verantwortung und beugt weiteren Pandemien vor.

Spillover-Effekte

Auch für das Indikatorensystem der DNS ist es nach wie vor eine Herausforderung, Ausstrahlungseffekte (sogenannte *Spillover*-Effekte) umfassend darzustellen. Also sowohl negative als auch positive externe wirtschaftliche, soziale, ökologische und sicherheitspolitische Effekte von Industrieländern wie Deutschland auf andere Länder, insbesondere solche im globalen Süden. Weil dieses Thema für die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft sowohl in Deutschland als auch im globalen Süden von hoher Relevanz ist, unterstützt das BMZ die Entwicklung entsprechender Messgrößen für diese Effekte.

Das Sustainable Development Solutions Network

Spillover-Effekte spiegeln sich lange Zeit nicht im SDG-Monitoring wider. Dank der deutschen Unterstützung nahm das SDSN-Netzwerk das Thema der *Spillover*-Effekte in den jährlichen Sustainable Development Report auf. Seit 2017 bildet es über einen eigens konstruierten Index, den *International Spillover Index*, internationale Ausstrahlungseffekte auf Länderebene ab.

Die *Spillover*-Indikatoren messen grenzüberschreitende Auswirkungen, die von einem Land ausgehen und die SDG-Erreichung in anderen Ländern beeinflussen. Nicht nachhaltige Lieferketten sowie die Verminderung steuerlicher Bemessungsgrundlagen und das grenzüberschreitende Verschieben von Gewinnen durch multinationale Unternehmen beeinflussen die Zielerreichung anderer Länder stark.

Multi-Akteurs-Partnerschaften

Des Weiteren stärkt das BMZ Deutschlands globale Verantwortung, indem es bei der Bekämpfung der unfairen Bedingungen in globalen Lieferketten aktiv wird. Ein wichtiger Meilenstein ist hier das 2021 verabschiedete Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (siehe Kapitel 3.1.4.). Es verpflichtet deutsche Unternehmen, entlang ihrer Lieferkette Verantwortung für die Arbeitsbedingungen und den Schutz der Umwelt zu übernehmen. Zusätzlich engagiert sich das BMZ in verschiedenen Multi-Akteurs-Partnerschaften für einen global fairen und nachhaltigen Handel. Diese internationalen Partnerschaften wie etwa die *Partnerschaft für nachhaltigen Orangensaft* (PANAÖ) oder die *Tropische Waldallianz* tragen dazu bei, dass nachhaltige Lieferketten schon im Inland angestoßen werden.

Multi-Akteurs-Partnerschaften konkret: Partnerschaft für nachhaltigen Orangensaft

Das BMZ hat gemeinsam mit beckers bester, Kaufland, der REWE Group, der Christlichen Initiative Romero, TransFair e.V. (Fairtrade Deutschland), dem Internationalen Bildungswerk TIE und der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Partnerschaft für nachhaltigen Orangensaft (PANAÖ) gegründet. Alle Beteiligten verpflichten sich, soziale Gerechtigkeit und Arbeitsrechte sowie Arbeits- und Umweltschutz in der Orangensaft-Lieferkette aktiv zu fördern und existenzsichernde Einkommen zu verankern. Langfristig soll der Anteil an nachhaltig produziertem Orangensaft auf dem deutschen und europäischen Markt deutlich erhöht werden. Zu den konkreten Handlungsfeldern der Multi-Akteurs-Partnerschaft zählen: Lieferketten-Mapping und Aufbau nachhaltiger Beschaffungspraktiken, Stärkung der Arbeitnehmer*innen-Vertretungen und sozialer Dialog, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Maßnahmen zur Zahlung existenzsichernder Löhne und der Dialog mit Partnern auf deutscher, europäischer und brasilianischer Ebene.

2.1.2. Globales Engagement für eine nachhaltige Zukunft

Eine erfolgreiche Umsetzung der *Agenda 2030* und der DNS ist nur denkbar, wenn sie gesellschaftlich breit unterstützt und aktiv mitgetragen wird. Denn die Umsetzung der *Agenda 2030* ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – von jeder und jedem Einzelnen, von Initiativen, Organisationen bis hin zu den Kirchen, Unternehmen und Kommunen. Das BMZ legt hierfür mit seinem vielfältigen Instrumentarium zur Förderung des bürgerschaftlichen, kommunalen, schulischen und unternehmerischen Engagements wichtige Grundlagen. Sie sind zugleich ein wichtiger Beitrag zu dem in der DNS verankerten Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit.

Nachhaltigkeitsdialog in Deutschland

Um den Dialog mit gesellschaftlichen Akteur*innen zu stärken, führen das BMZ und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) in gemeinsamer Federführung regelmäßig entsprechende Veranstaltungen durch.

Dialogforum Agenda 2030: Im Rahmen des Dialogforums tauscht sich die Bundesregierung seit 2016 regelmäßig auf Arbeitsebene mit Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Bundesländern, Kommunen und der Wissenschaft zur internationalen Nachhaltigkeitsagenda aus. Thematische Schwerpunkte der letzten Sitzungen des Dialogforums waren insbesondere die Herausforderungen und Chancen eines nachhaltigen Wiederaufbaus infolge der Corona-Pandemie sowie die Vorbereitungen für das Hochrangige Politische Forum für Nachhaltige Entwicklung (High Level Political Forum on Sustainable Development, HLPF) der VN vor dem Hintergrund der neuen Prioritäten der Bundesregierung in ihrer 20. Legislaturperiode.

Deutsche HLPF-Konferenz: Auf Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE), veranstalten BMZ und BMUV seit 2019 jährlich eine deutsche HLPF-Konferenz. Wichtige Impulse aus Deutschland können so in den Zyklus des HLPF eingespeist werden. Im Mittelpunkt der drei deutschen HLPF-Konferenzen seit Dezember 2020 standen die Themen „Aktionsdekade 2020–2030

zur Umsetzung der *Agenda 2030*“, „Nachhaltiger Wiederaufbau infolge der COVID-19-Pandemie“ sowie „SDGs als Kompass globaler Zusammenarbeit“.

Auch darüber hinaus pflegt das BMZ einen engen Austausch mit einschlägigen Nachhaltigkeitsakteur*innen in Deutschland. Hierzu gehören beispielsweise der RNE, der Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (VENRO), das deutsche und internationale SDSN-Netzwerk oder die Wissenschaftsplattform 2030 (wpn2030).

Agenda 2030 konkret: Dialog zum Freiwilligen Staatenbericht 2021

Im Herbst 2020 startete die Bundesregierung den Dialog mit Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft sowie mit den Bundesländern und Kommunen, um den Freiwilligen Staatenbericht Deutschlands 2021 zu erstellen. Dazu dienten insbesondere die bereits genannten Formate der Deutschen HLPF-Konferenz sowie des Dialogforums *Agenda 2030*. Zudem wurde relevanten gesellschaftlichen Akteur*innen die Gelegenheit gegeben, den ressortabgestimmten Entwurf des Berichts zu kommentieren. Sie konnten ihre Perspektive zur *Agenda 2030*-Umsetzung in einer Anlage des Berichtes abbilden.

Mehrere deutsche gesellschaftliche Gruppen und die deutschen Jugenddelegierten für Nachhaltige Entwicklung beteiligten sich mit einem gemeinsamen Statement an der Vorstellung des Berichts in New York. Außerdem nahmen sie aktiv an der offiziellen Veranstaltung „Bestandaufnahme und Blick nach vorne zu Beginn der Aktionsdekade und Umsetzung der SDGs“ teil.

Die Sustainable Development Goals (SDGs) in die Öffentlichkeit bringen

Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit informiert das BMZ die breite deutsche Öffentlichkeit über Entwicklungspolitik und die Situation in den Partnerländern vor Ort. Das BMZ trägt gleichzeitig die *Agenda 2030* und ihre 17 SDGs gezielt in die Mitte der Gesellschaft und motiviert Bürger*innen zu nachhaltigem Handeln.

Das Projekt *#17Ziele* verbindet die SDGs mit der Alltagswelt der Menschen in Deutschland. Durch Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Hochschulen, Unternehmen und Influencer*innen sollen vor allem die Menschen erreicht werden, die bislang nur wenige oder keine Berührungspunkte mit entwicklungspolitischen Themen hatten. Das BMZ arbeitet zudem mit bekannten Persönlichkeiten (sogenannte SDG-Botschafter*innen) aus der Medien-, Mode- und Sportwelt zusammen. So können neue Zielgruppen erschlossen und die SDGs der Öffentlichkeit nähergebracht werden.

In den vergangenen Jahren hat das BMZ die Zusammenarbeit mit reichweitenstarken zivilgesellschaftlichen Organisationen auf- und ausgebaut. Sie tragen die Kommunikation zur *Agenda 2030* einerseits in die breite Öffentlichkeit und andererseits in ihre internen Strukturen. Gemeinsam mit dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) brachte das BMZ 2021 und 2022 auf seiner *Tour der Nachhaltigkeit* in Mannheim, München und Bremen Vertreter*innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammen. Es wurden zahlreiche Informationen und Mitmach-Aktionen für Bürger*innen angeboten. Zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz startete das BMZ eine Online-Kampagne zu den SDGs und Influencer*innen informierten über sie in Text- und Videobeiträgen auf Instagram.

Zuletzt hat das BMZ mit verschiedenen reichweitenstarken Zeitungen und Online-Ausgaben zusammengearbeitet (darunter *DIE ZEIT*, *FOCUS*, *Handelsblatt*), um einem breiten und diversen Publikum Aspekte der *Agenda 2030* wie Klimaschutz oder Ernährungssicherheit zugänglich zu machen.

Agenda 2030 konkret: Zeitfragen des Jahrhunderts – Eine Initiative zur Agenda 2030 von Engagement Global, ZEIT Studio und BMZ

Sind wir auf dem richtigen Weg? An welchen Schrauben sollte die Weltgemeinschaft drehen? Was kann ich als Individuum beitragen? Diesen Zeitfragen des Jahrhunderts widmete sich über mehrere Monate hinweg wöchentlich eine Reihe in der Print- und Onlineausgabe der ZEIT. Veröffentlicht wurden zudem Video- und Audiopodcasts auf *ZEIT.de*, den Online-Kanälen des BMZ und von Engagement Global und auf Audiopodcast-Plattformen wie Spotify, Deezer oder Apple.

Wöchentlich diskutierten neben der BMZ-Leitung Expert*innen im Video-Cast, wie die 17 SDGs am besten erreicht werden können.

Weitere Informationen:

www.bmz.de/de/aktuelles/zeitfragen

Seit 2018 arbeitet das BMZ zudem mit der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis zusammen. Der Preis prämiiert vorbildliche Nachhaltigkeit in Wirtschaft, Kommunen und Forschung. Mehrfach unterstützte das BMZ Preise für globale Unternehmenspartnerschaften sowie für kommunale Partnerschaften, die gute Beispiele für die Umsetzung der *Agenda 2030* auszeichnen. 2021 wurde der Preis für kommunale Nachhaltigkeit unterstützt. Erstmals wurde der Fragenkatalog für den Wettbewerb um die Themen der kommunalen Entwicklungspolitik ergänzt. Damit wurde die entscheidende Rolle von Kommunen anerkannt, wenn es um den Wandel hin zu einer umfassenden, nachhaltigen Stadtentwicklung geht. Aktiv beteiligte sich das BMZ auch an verschiedenen Veranstaltungsformaten des Deutschen Nachhaltigkeitstages.

Auf globaler Ebene unterstützt das BMZ die *SDG Action Campaign* der VN. Diese motiviert, vernetzt und führt selbst internationale Kampagnenarbeit zu den globalen Nachhaltigkeitszielen durch, beispielsweise das jährlich in Bonn stattfindende *Global Festival of Action* und die *SDG Action Awards*.

Engagement Global: Zentrale Anlaufstelle für das entwicklungspolitische Engagement von Bürger*innen, Zivilgesellschaft und Kommunen in Deutschland

Seit 2012 ist Engagement Global (EG) die zentrale, vom BMZ finanzierte Servicestelle der Bundesregierung für zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement in der Entwicklungspolitik. EG informiert und berät Einzelpersonen, Zivilgesellschaft, Kommunen, Schulen, Wirtschaft und Stiftungen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert sie finanziell. Die *Mitmachzentrale* von EG berät monatlich mehr als 500 Interessierte zu Möglichkeiten, sich entwicklungspolitisch zu engagieren. Mit ihren Projekten, Maßnahmen, Veranstaltungen und Beratungen erreicht EG über 1,3 Millionen Menschen. In eigenen Vorhaben, im Wesentlichen aber über die Weiterleitung an zivilgesellschaftliche und kommunale Träger gibt es insgesamt mehr als 2.300 Förderungsempfänger*innen. Mehr als 295 Millionen Kontakte kommen über Webseiten und soziale wie traditionelle Medien noch hinzu. Mittlerweile beschäftigt EG mehr als 700 Mitarbeitende und setzte 2020 rund 390 Millionen Euro BMZ-Fördermittel um.

Kommunales Engagement für die Agenda 2030

Allein zwei Drittel der 169 Unterziele der *Agenda 2030* werden nach Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nur durch Maßnahmen auf regionaler und lokaler Ebene erreicht. In Deutschland sind derzeit 1231 Kommunen entwicklungspolitisch aktiv. 2022 beläuft sich das Budget für die kommunale Entwicklungspolitik auf 33 Millionen Euro. Daraus werden insbesondere kommunale Beratungs- und Förderangebote der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) bei Engagement Global finanziert. Die SKEW ist das Kompetenzzentrum für alle Fragen zu kommunaler Entwicklungspolitik und zur Lokalisierung der SDGs in Deutschland. Die SKEW informiert, berät und vernetzt Entscheidungsträger*innen aus Städten, Gemeinden und Landkreisen und fördert den interkommunalen Fachaustausch. Die Projekte befassen sich mit dem Fairen Handel und der Fairen Beschaffung, mit der Lokalisierung der SDGs sowie mit der Förderung von gemeinsamen Klimaschutz- sowie Nachhaltigkeitsmaßnahmen im Rahmen internationaler kommunaler Partnerschaften.

Agenda 2030 konkret: Global Nachhaltige Kommune

Mit dem Programm *Global Nachhaltige Kommune* (GNK) unterstützt das BMZ die Länder und Kommunen in ihrer zentralen Rolle als Nachhaltigkeitsakteur*innen. Aspekte der Nachhaltigkeit und der globalen Verantwortung von Kommunen werden so als wichtige Zukunftsaufgaben miteinander verzahnt und strategisch im kommunalen Verwaltungsalltag verankert. GNK berät und unterstützt Kommunen etwa bei der Entwicklung und Umsetzung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien und -berichte. Dabei werden alle relevanten Akteur*innen, Aktionsebenen und Sektoren einbezogen. Parallel werden bis zu zehn Kommunen in aktuell zehn Bundesländern in einem gemeinsamen zweijährigen Prozess beraten. Als Maßstab sämtlichen Verwaltungshandelns gilt die Einführung eines obligatorischen SDG-Checks.

In Zusammenarbeit mit dem *United Nations System Staff College* (UNSSC) wird eine jährliche Summer Academy organisiert. Die zweiwöchige Veranstaltung bietet Mitarbeitenden von GNK-Kommunen die Möglichkeit, sich zur *Agenda 2030* fortzubilden.

Global Nachhaltige Kommune Goes Ghana: Nach der erfolgreichen Umsetzung des GNK-Programms in 135 deutschen Kommunen, werden nun in einem Pilotvorhaben zehn Kommunen in Ghana bei der Entwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien beraten. Im Verlauf des Beratungsprozesses werden die beteiligten Projektkommunen in Ghana im ständigen Austausch mit deutschen Kommunen stehen. Sie werden gemeinsam ein Stück des Weges gehen und miteinander, voneinander und übereinander lernen, wie die Transformationsprozesse hin zu einer Globalen Nachhaltigen Kommune gelingen können.

Bildung für nachhaltige Entwicklung; Freiwilligen- und Austauschprogramme

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) steht für eine Bildung, die Menschen zu zukunftsfähigem Denken und Handeln befähigt. Sie trägt dazu bei, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen. BNE bildet damit einen zentralen Hebel, um alle SDGs zu erreichen. Das BMZ bringt im Rahmen seiner Zuständigkeit für entwicklungspolitische Bildung die globale Perspektive ein. 2021 wurde das BMZ-Konzept zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit aktualisiert und an der Umsetzung der *Agenda 2030*, insbesondere am Bildungsunterziel 4.7 („Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die für nachhaltige Entwicklung notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung“) ausgerichtet.

Ein Fokus liegt dabei auf jungen Menschen. Der Schulwettbewerb zur Entwicklungspolitik mit begleitendem Song Contest beispielsweise ist ein herausgehobenes, besonders öffentlichkeitswirksames Instrument mit hoher Medienreichweite der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Bereich Schule. Um BNE in den Schulsystemen der Bundesländer strukturell zu verankern, hat das BMZ gemeinsam mit der *Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland* und den Ländern einen Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung erarbeitet. Derzeit wird dieser allgemein anerkannte Referenzrahmen für die Einbindung von globalem Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bereich Schule auf die Gymnasiale Oberstufe erweitert. Das BMZ hat zudem Kooperationsprogramme mit den Ländern eingerichtet, um den Orientierungsrahmen umzusetzen und BNE systematisch in alle Bildungsebenen einzubringen.

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit daran, die *Agenda 2030* umzusetzen. Nichtregierungsorganisationen haben andere Zugänge zu schulischen und außerschulischen Partnern, die staatliches Engagement wesentlich ergänzen. Allein 2020 wurden mit entwicklungspolitischer Bildungsarbeit gut 1,2 Millionen Menschen erreicht. Mehr als 44 Millionen Kontakte gab es über

Webseiten und soziale sowie traditionelle Medien. Es wurden mehr als 600 Projekte deutscher Träger, über 600 Fachseminare und 469 Schulkooperationen gefördert.

Zudem ermöglicht das BMZ entwicklungspolitisches Engagement für alle Generationen: Vom Jugendgruppenaustausch und entwicklungspolitischen Freiwilligendienst bis hin zu Entsendediensten für junge und erfahrene Fachkräfte. Bis zum Beginn der Corona-Pandemie wurden über alle Programme hinweg (*weltwärts*, ASA-Programm, Senior Experten Service und Weltdienst 30+) jährlich rund 12.200 Entsendungen ermöglicht. Mit Stand 31. Dezember 2020 waren insgesamt 1.041 Fachkräfte nach dem Entwicklungshelfergesetz tätig. Seit 2013 bei *weltwärts* die Süd-Nord-Komponente (*Incoming*) eingeführt wurde, sind die Teilnehmenden-Zahlen aus BMZ-Partnerländern kontinuierlich gestiegen. Insgesamt leisteten bereits über 3.400 Süd-Nord-Freiwillige ihren Dienst in Deutschland. Diese Freiwilligen- und Austauschprogramme ermöglichen in konkret erfahrbaren Partnerschaften gemeinsames, entwicklungspolitisches Lernen und Engagement. So leisten sie einen wichtigen Beitrag zu SDG 4.7 (Bildung für nachhaltige Entwicklung) und SDG 17 (Globale Partnerschaften).

Agenda 2030 konkret:

Deutsch-Afrikanisches Jugendwerk

Seit Juni 2021 unterstützt das Deutsch-Afrikanische Jugendwerk (DAJW) junge Menschen aus afrikanischen Ländern und Deutschland in ihrem gemeinsamen Engagement für nachhaltige Entwicklung. Das DAJW fördert insbesondere Begegnungen von Jugendgruppen und jungen Fachkräften. Dabei tauschen sich die jungen Menschen zur *Agenda 2030* aus, teilen Erfahrungen, entwickeln Ideen, lernen und handeln gemeinsam. So werden Bewusstsein und zivilgesellschaftliches Engagement für die SDGs gestärkt und langfristige, partnerschaftliche Netzwerke über Grenzen und Sektoren hinweg geschaffen.

Weitere Informationen:

www.deutsch-afrikanisches-jugendwerk.de

Entwicklungspartnerschaft mit der Wirtschaft

In den vergangenen Jahren hat das BMZ sein Angebot zur Unterstützung des deutschen wirtschaftlichen Engagements für nachhaltige Entwicklung weltweit stark erweitert. Unter dieser Zusammenarbeit mit der Wirtschaft versteht das BMZ die partnerschaftliche Beratung, Planung, Finanzierung und Durchführung von Aktivitäten mit Unternehmen, Verbänden, Kammern und unternehmensnahen Stiftungen. Dazu wurden vom BMZ Beratungsstrukturen, Netzwerke, Kooperationsprogramme und Finanzierungsinstrumente aufgebaut. Sie fördern in Abstimmung mit den Instrumenten zur Außenwirtschaftsförderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) besonders solche Vorhaben, die Beiträge zu nachhaltiger Entwicklung leisten. *Business Scouts for Development* bieten in Kammern und Verbänden dazu Beratung an. Unter anderem arbeiten sie im Ausland eng mit den Auslandshandelskammern (Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern, BMWK) zusammen.

Für Unternehmen, die sich mit Entwicklungsbeiträgen in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren wollen und die noch keinen entsprechenden Kontakt in ihrer Kammer oder ihrem Verband haben, steht mit der Agentur für Wirtschaft und Entwicklung eine zentrale Ansprechpartnerin bereit. Sie unterstützt Unternehmen bei der Suche nach Finanzierungs- und Förderinstrumenten, bei der Kontaktvermittlung vor Ort und berät bei der Projektplanung. Die Agentur gibt auch Hilfestellung bei der Umsetzung von menschenrechtlicher Sorgfalt sowie von Umwelt- und Sozialstandards entlang der Wertschöpfungsketten.

Unternehmen, die nachhaltig in ein Entwicklungs- oder Schwellenland investieren und ihre operative Tätigkeit vor Ort ausbauen wollen, können finanzielle und fachliche Unterstützung erhalten. Ein Beispiel ist das Programm *develoPPP*, das messbare Entwicklungsbeiträge im Sinne einer Partnerschaft mitfinanziert. Das BMZ konnte allein in den laufenden Projekten für die Umsetzung der Entwicklungsziele über 420 Millionen Euro an zusätzlichen privaten Mitteln mobilisieren.

Manager ohne Grenzen: Engagement für die Agenda 2030

Die Stiftung managerohnegrenzen gGmbH ist eine Initiative von Manager*innen und Unternehmer*innen. Seit 2005 fördert sie mit über 500 Projekten in mehr als 40 Ländern des globalen Südens kleine und mittelständische Unternehmen. Sie gibt Beratungsanfragen an ausgewählte Führungskräfte der deutschen Wirtschaft weiter, die ihr Fachwissen zeitlich begrenzt und ohne Honorar vermitteln. Die politisch neutrale und gemeinnützige Stiftung ergänzt staatliche Entwicklungszusammenarbeit und kooperiert mit ihr in geeigneten Vorhaben.

Weitere Informationen:

<https://managerohnegrenzen.de>

2.1.3. BMZ als nachhaltiges Ministerium

Umsetzung im Verwaltungshandeln

Auch in ihrem eigenen Verwaltungshandeln spielt die öffentliche Hand eine wichtige Rolle bei der gesellschaftlichen Transformation hin zu globaler Nachhaltigkeit: Einmal als Vorbild und dann durch die konkreten ökonomischen, ökologischen und sozialen Auswirkungen des eigenen Handelns auf nachhaltige Entwicklung. Das BMZ geht hier voran: Es stellte sich Ende 2019 als erstes Ministerium klimaneutral und ist zudem an allen Standorten mit dem Umweltmanagement-Gütesiegel der Europäischen Union (EMAS) validiert. Viele Vorgaben des 2021 weiterentwickelten Maßnahmenprogramms Nachhaltigkeit setzt das BMZ bereits um oder ist auf dem Weg dahin.

Klimaneutrales BMZ und Umweltmanagement

Das BMZ strebt nach dem Grundsatz „Vermeiden vor Reduzieren vor Kompensieren“ eine kontinuierliche Verbesserung seiner Umwelt- und Klimabilanz an. Als Richtschnur für den Ministerialbetrieb gilt ein Zielpfad bis 2040 hin zu Netto-Null-Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen). Das ist gleichbedeutend mit Klimaneutralität ohne Kompensation mit Emissionszertifikaten. Derzeit gleicht das BMZ seine verbleibenden

THG-Emissionen durch den Ankauf von hochwertigen Zertifikaten aus Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern aus.

Am Dienstort Bonn ist das BMZ bereits seit 2014 und in Berlin seit 2020 nach EMAS zertifiziert. Das validierte Umweltmanagementsystem hilft dem BMZ, Maßnahmen transparent und nachweisbar umzusetzen und sie zu monitoren. Derzeit beispielsweise prüft das BMZ, welchen Beitrag Homeoffice und virtuelle Austauschmöglichkeiten leisten können, um THG zu reduzieren.

Liegenschaften bilden einen der Maßnahmenswerpunkte. Gemeinsam mit der Liegenschaftseigentümerin, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), setzt das BMZ ein liegenschaftsbezogenes Energiekonzept um. Dazu gehören etwa eine bessere Wärmedämmung, der Einbau von hocheffizienten Wärmepumpen, die Optimierung der Rechenzentren sowie die Installation von Photovoltaik-Anlagen. Am Dienstsitz Berlin wird ein klimaneutraler *EZ-Campus* geplant. Der Neubau von BMZ-Büro- und Verwaltungsgebäuden in Berlin wird als ein energiepositives Gebäude angestrebt und soll nach dem Gold-Standard des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen erfolgen.

Auch in weiteren Maßnahmenbereichen ist das BMZ auf einem guten Weg: Es erstellte im Bereich Mobilität neue Leitlinien für klimafreundlichere Dienstreisen, um bei Dienstreisen THG-Emissionen zu vermeiden und zu reduzieren. Bei der Neuausschreibung des Reisebüros des Bundes setzt sich das BMZ darüber hinaus dafür ein, dass bei der Auswahl der Reiseoptionen neben ihrer Wirtschaftlichkeit auch Umwelt- und Klimakosten berücksichtigt werden. Auch seinen Fuhrpark hat das Ministerium umgestellt und hält seit Ende 2020 keine Fahrzeuge mit reinem Verbrennungsmotor mehr vor. Mit aktuell 29 g CO₂-Emissionen/km gehört die Fahrzeugflotte des BMZ zu den Ministerien mit geringerem Durchschnittswert. Das BMZ fördert weitere umwelt- und klimafreundliche Verkehrsmittel: So stehen für Beschäftigte in Bonn und Berlin 18 Dienstfahrrä-

der und acht Dienst-E-Fahrräder sowie rund 330 überdachte Fahrradstellplätze zur Verfügung. An beiden Standorten gibt es außerdem Ladestationen für E-Fahrräder.

Weiterhin verstärkt das Ministerium seine Anstrengungen, die Klimawirkungen des BMZ-Portfolios in den Partnerländern besser zu erfassen. So sollen Verbesserungspotenziale identifiziert und die Klimapositivität der finanzierten Projekte auch quantitativ untermauert werden.

Nachhaltige öffentliche Beschaffung und Catering im BMZ

Die Beschaffung des BMZ erfolgt sowohl bei Abrufen aus dem Kaufhaus des Bundes als auch bei der eigenen Beschaffung möglichst nachhaltig und unter Verwendung von Gütezeichen.¹ Bei der Papierbeschaffung zum Beispiel weist das BMZ einen Recyclingpapieranteil von 100 Prozent auf. Bei der Beschaffung von Holzprodukten berücksichtigt das BMZ den entsprechenden Gemeinsamen Beschaffungserlass.

Wenn Geräte defekt sind, wird in einem ersten Schritt geprüft, ob eine Reparatur möglich und wirtschaftlich ist. Kriterien für eine Neubeschaffung sind beispielsweise Energieeffizienz, Recyclingfähigkeit sowie die Rücknahme des Verpackungsmaterials. Außerdem soll zukünftig dort, wo es möglich ist, eine Lebenszykluskostenberechnung durchgeführt werden. Und zwar nach den Vorgaben der *Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung von klimafreundlichen Leistungen* (AVV Klima) und unter Berücksichtigung vergaberechtlicher Rahmenbedingungen. Diese Berechnung soll die Klimakosten (Energieeffizienz und verursachte THG-Emissionen) einheitlich über den gesamten Lebenszyklus als Kostenfaktor berücksichtigen.

Das Veranstaltungscatering umfasst ausschließlich vegetarische Lebensmittel, mindestens 50 Prozent stammen zudem aus biologischer Landwirtschaft. Überseeprodukte werden nur verwendet, wenn sie aus fairem Handel stammen. Es werden zudem keine Portionsverpackungen oder Einweggeschirr genutzt.

¹ Beispielsweise Gütezeichen wie Blauer Engel, Energy Star oder Europäische Umweltzeichen, Umweltmanagementsysteme etc. Lebenszykluskostenbetrachtung erfolgt, wo nach Datenlage möglich, in der Erprobungsphase bei energieverbrauchsrelevanten und CO₂-emittierenden Waren und Dienstleistungen.

Die Verpflegung in der Kantine richtet sich an dem 2014 neu aufgelegten Qualitätsstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. aus. Den Mitarbeiter*innen wird ein umfangreiches Sortiment an fair gehandelten Produkten sowohl bei der Kantinenverpflegung als auch im Kantinenshop angeboten. In der Cafeteria werden ausschließlich fair gehandelte Heißgetränke ausgegeben. Der Kantinenbetreiber beschafft vorrangig saisonale und regionale Lebensmittel und legt besonderen Wert darauf, Lebensmittelabfälle zu reduzieren. Seitdem 2018 Mehrweg-Becher und ein neues Abfallkonzept eingeführt wurden, werden jährlich etwa 80.000 Plastikmüllbeutel und 15.000 Pappbecher eingespart.

BMZ als Arbeitgeber

Das internationale, sinnstiftende Arbeitsumfeld wirkt sich auf die Attraktivität des BMZ aus. Die Bewerbungszahlen sind hoch – 2021 gingen über 3.000 Bewerbungen auf externe Stellenausschreibungen ein. Das BMZ beschäftigt an seinen beiden Dienstsitzen in Bonn und Berlin etwa 1.200 Mitarbeiter*innen. Rund 130 Beschäftigte sind zudem im Ausland tätig, davon rund ein Viertel an Krisenstandorten. Im BMZ sind Arbeitnehmer*innen aus 23 Nationen beschäftigt. Innerhalb der Bundesverwaltung belegt es mit einem Anteil von 20 Prozent der Beschäftigten, die einen Migrationshintergrund haben, den vierten Platz.

Das BMZ verfügt über eine sehr gute Gleichstellungsbilanz. Der Frauenanteil in Führungspositionen liegt derzeit bei rund 47 Prozent. Das BMZ setzt sich aktiv für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ein, für Maßnahmen zur Gesundheitsprävention und -förderung sowie für geschlechtergerechte Aufstiegschancen, für Inklusion und Diversität. 23 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Teilzeit. Mit 19 Prozent liegt der Anteil der teilzeitbeschäftigten Führungskräfte deutlich über dem Durchschnitt der anderen Ressorts von zehn Prozent.

Seit 2009 ist das BMZ als besonders familienbewusstes Ministerium zertifiziert und erhielt im Dezember 2019 das dauerhafte Zertifikat des Audits „berufundfamilie“. Kontinuierlich werden Ziele und Maßnahmen zur Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch zur Gesundheitsförderung der Beschäftigten weiterent-

wickelt. 2019 ist das BMZ der Charta der Vielfalt beigetreten. Die Unterzeichnenden wollen ein Arbeitsumfeld schaffen, das frei von Vorurteilen und Diskriminierung ist. Die Personalentwicklung des BMZ ist dynamisch; ihre Kernelemente sind eine fortschrittliche Führungs-, Kommunikations- und Feedbackkultur sowie ein operativ breit aufgestelltes Fortbildungs- und Befähigungsangebot.

BMZ-Verantwortung für Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Das BMZ besitzt keinen klassischen Behörden-Unterbau. Es hat allerdings in Vertretung des Bundes die Ressortaufsicht über bzw. die Beteiligungsführung für eine Reihe von Organisationen in privater Rechtsform, die unter anderem BMZ-finanzierte Projekte durchführen.

Im Jahr 2022 werden mit dem German Institute of Development and Sustainability (IDOS), dem Deutschen Evaluierungsinstitut für Entwicklungszusammenarbeit (DEval), EG und mit der Stiftung Allianz für Entwicklung und Klima Absichtserklärungen geschlossen, damit sich diese jeweils an den BMZ-Prozess zur Klimaneutralität angliedern und bis spätestens 2030 klimaneutral stellen. Das erste Etappenziel dabei ist es, dass die Organisationen eigene Treibhausgasbilanzen erstellen, soweit noch nicht geschehen.

Mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Entwicklungsbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) werden Ansätze für einen *Carbon Footprint* erarbeitet. Dieser soll systematisch negative Klimaauswirkungen von BMZ-finanzierten Projekten erheben und helfen, sie zu vermeiden. Bei beiden Organisationen ist der Betrieb im Inland bereits klimaneutral gestellt und seit 2020 arbeitet die GIZ auch weltweit klimaneutral.

Im Sinne des *Public Corporate Governance Kodex* des Bundes wirkt das BMZ zudem über konkrete Zielvorgaben und vereinbarte Regelungen in der Geschäftsordnung auf eine nachhaltige Unternehmensführung von GIZ und Engagement Global hin. Engagement Global, GIZ und KfW erfüllen außerdem bereits den *Deutschen Nachhaltigkeitskodex* und berichten nach den Standards der *Global Reporting Initiative* über ihren Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung.

Nachhaltigkeitsberichterstattung von Institutionen der deutschen EZ

- Nachhaltigkeitsbericht von Engagement Global:
www.engagement-global.de/files/2_Mediathek/Mediathek_EG/Ueber_uns/Wer_wir_sind/Berichte/EG-Nachhaltigkeitsbericht-2019-2020.pdf
 - Integrierter Unternehmensbericht der GIZ:
www.giz.de/de/downloads/giz2022-de-integrierter-unternehmensbericht-2021.pdf
 - GIZ Nachhaltigkeitsprogramm 2021–2025:
www.giz.de/de/downloads/giz2021-nachhaltigkeitsprogramm-2021-2025.pdf
 - KfW Bankengruppe Nachhaltigkeitsbericht 2021:
www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Nachhaltigkeit/Nachhaltigkeitsbericht-2021.pdf
-

2.2. Mit Partnerländern voranschreiten: Nachhaltigkeitspolitik in der Zusammenarbeit mit Partnerländern

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Partnerländern ist darauf ausgerichtet, die *Agenda 2030* umzusetzen. Das BMZ verfolgt hierzu einen systemischen Ansatz: Zum einen richtet es seine Strategien und Instrumente umfassend auf die *Agenda 2030* aus. Zum anderen fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit durch gezielte Ansätze die Umsetzung der *Agenda 2030* und transformative Politik in Partnerländern.

2.2.1. Strategische Ausrichtung an der *Agenda 2030*

Die Präambel der *Agenda 2030* benennt fünf Kernbotschaften, die den 17 SDGs vorangestellt sind: Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft (Englisch: *People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership* – „5 Ps“). Sie stehen für die Bedeutung einer Welt ohne Hunger und Armut, die

Wohlstand für alle bietet und in der die Grenzen unseres Planeten respektiert werden. Eine Welt, in der Frieden und Menschenrechte gesichert sind und alle in einer globalen Partnerschaft Verantwortung für nachhaltige Entwicklung übernehmen. An diesen Kernbotschaften orientiert sich das BMZ in der Zusammenarbeit mit Partnerländern. Dazu gehört, dass Deutschland seiner globalen Verantwortung gerecht wird, niemand in der Welt zurückgelassen wird (*Leave No One Behind*) und weltweit alle drei Dimensionen von Nachhaltigkeit – die ökonomische, ökologische und soziale Dimension – gleichermaßen berücksichtigt werden.

Die fünf *Agenda 2030*-Kernbotschaften in der Praxis

Mensch/People: Deutschland ist weltweit mit rund 1,5 Milliarden Euro jährlich einer der wichtigsten Geber für Ernährungssicherung, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (siehe Kapitel 3.1.1. Leben ohne Hunger – Transformation der Ernährungssysteme; weiterhin relevant: Kapitel 3.1.6 Gesundheit, soziale Sicherung und Bevölkerungspolitik).

Planet/Planet: Deutschland geht beim internationalen Klimaschutz voran und unterstützt verstärkt die Anpassung an den Klimawandel. Im Hinblick auf Biodiversität ist Deutschland einer der größten staatlichen Geber für Schutzgebiete in Entwicklungs- und Schwellenländern (siehe Kapitel 3.1.2. Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und Kapitel 3.1.3. Klima und Energie, Just Transition).

Wohlstand/Prosperity: Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert nachhaltige und inklusive Wirtschaftsentwicklung in Partnerländern. Sie fordert die Einhaltung und Achtung von Kernarbeitsnormen und internationalen Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards entlang globaler Lieferketten (siehe Kapitel 3.1.4. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Ausbildung und Beschäftigung).

Frieden/Peace: Deutschland unterstützt den Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort. Es engagiert sich dafür, dass langfristige Perspektiven für inklusive und friedliche Entwicklungsperspektiven geschaffen, wiederkehrende Gewalt verhindert und bereits befriedete Gebiete wieder-

aufgebaut werden, so etwa im Krisenbogen rund um Syrien, im Sahel und in Afghanistan (siehe Kapitel 3.1.5. Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt).

Partnerschaft/Partnership: Über Multi-Akteurs-Partnerschaften wie dem *Bündnis für nachhaltige Textilien* oder dem *Forum Nachhaltiger Kakao* fördert die Bundesregierung gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft und in Kooperation mit den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nachhaltige Entwicklung weltweit (siehe Kapitel 3.1.4. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Ausbildung und Beschäftigung).

Die „5 Ps“ der *Agenda 2030* finden sich in den Themenschwerpunkten des BMZ wieder. Die „Kernthemen“, als wichtige Stellschrauben für eine nachhaltige Entwicklung, orientieren sich an diesen Kernbotschaften (siehe S. 18).

Agenda 2030 als übergeordneter Rahmen

Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur gemeinsam und durch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit bewältigen. Dabei sind die *Agenda 2030* und das Pariser Klimaabkommen die Richtschnur für die deutsche Entwicklungspolitik. Die umfassende Reform *BMZ 2030* bewirkt, dass Maßnahmen und Mittel der Entwicklungspolitik noch strategischer, wirksamer und effizienter eingesetzt werden. Indem es für Themen und Partnerländer deutlich fokussierte und neue Planungs- und Strategieprozesse einführt, hat das BMZ seine Steuerungsfähigkeit und Wirksamkeit gestärkt.

Im Zuge dieser Reform wurden das thematische Profil des BMZ geschärft und die Themenschwerpunkte konsequent und systematisch an der *Agenda 2030* ausgerichtet (siehe Kasten „*Agenda 2030*-Themenmodell“). Damit reagiert das BMZ auf dringende globale Zukunftsfragen.



Agenda 2030-Themenmodell

Sechs Kernthemen:

→ Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt (SDG 16)



→ Leben ohne Hunger – Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme (SDGs 2, 6)



→ Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Ausbildung und Beschäftigung (SDGs 4, 8, 9, 17)



→ Klima und Energie, Just Transition (SDGs 7, 11, 13)



→ Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen (SDGs 6, 14, 15)



→ Gesundheit, Soziale Sicherung und Bevölkerungspolitik (SDGs 1, 3, 5, 6, 11)



Sechs Initiativthemen:

→ Feministische Entwicklungspolitik (alle SDGs)

→ Trendwende Armut und Ungleichheit (inkl. Just Transition, alle SDGs)

→ Digitalisierung und Daten (alle SDGs)

→ Wiederherstellung von Ökosystemen und naturbasierte Lösungen (SDGs 6, 13, 14, 15)



→ Schutz vor Klimarisiken / Verluste und Schäden durch den Klimawandel (SDGs 1, 11, 13, 15)



→ Migration als Chance (SDGs 5, 8, 10)



Sechs Qualitätsmerkmale:

→ Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und Inklusion (alle SDGs, *Leave No One Behind*)

→ Armutsbekämpfung und Reduzierung der Ungleichheit (SDGs 1, 10, *Leave No One Behind*)



→ Umwelt- und Klimaverträglichkeitsprüfung (unter anderem SDG 13)



→ Digitalisierung (*Digital als Standard*; alle SDGs)

→ Anti-Korruption und Integrität (SDG 16)



→ Konfliktsensibilität (*Do No Harm*; unter anderem SDG 16)



Die derzeit sechs Kernthemen sind langfristige Schwerpunkte und gelten als *DNA der deutschen Entwicklungspolitik*. Die SDGs gaben die Orientierung für die Festlegung der Kernthemen vor. Jedes Kernthema wurde mit jeweils drei Aktionsfeldern konkretisiert, in denen sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit besonders engagiert.

Ergänzt werden die Kernthemen durch sechs Initiativthemen, die mit konkreten Zielen über einen begrenzten Zeitraum hinweg aktiv und sichtbar bearbeitet werden und dazu beitragen, SDGs umzusetzen. Mit den Initiativthemen greift das BMZ neue Aspekte auf und setzt für eine bestimmte Zeit entwicklungspolitische Impulse.

Mit den sechs übergreifenden Qualitätsmerkmalen hat das BMZ Gütesiegel für eine wertorientierte, nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklungszusammenarbeit festgelegt. Sie gelten handlungsleitend für die gesamte Arbeit des BMZ und werden als Querschnittsthemen durchgängig bei allen Maßnahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt. Sie tragen so unter anderem dazu bei, das *Agenda 2030-Prinzip Niemanden Zurücklassen* (Leave No One Behind, LNOB) systematisch zu verankern.

Anspruch der deutschen EZ ist es, zu einer wirksamen Reduzierung von Armut (SDG 1) und Ungleichheit (SDG 10) und zur Umsetzung des LNOB-Prinzips in Partnerländern und weltweit beizutragen. Das Qualitätsmerkmal „Armutsbekämpfung und Reduzierung der Ungleichheit“ bildet hierzu den Grundstein und formuliert systematische und verbindliche Vorgaben zur querschnittsmäßigen Verankerung der Armuts- und Ungleichheitsreduzierung in allen Strategien und Maßnahmen der deutschen EZ. Zudem gibt es Orientierung, wie fokussierte Maßnahmen zur Reduzierung von Armut und Ungleichheit innerhalb der Kern- und Initiativthemen gestaltet werden können. Das BMZ nutzt das neue Qualitätsmerkmal, um auf den bisherigen Erfahrungen der deutschen EZ aufzubauen, das Verständnis von Armut und Ungleichheit vor dem Hintergrund der sich wandelnden globalen Herausforderungen weiterzuentwickeln und Vorgaben für die Umsetzung zu präzisieren.

Durch die BMZ-2030-Reform wurden außerdem neue Partnerschaftskategorien für die bilaterale Zusammenarbeit mit Partnerländern eingeführt. Mit drei Länderkategorien (Bilaterale Partner inklusive Reformpartner und Transformationspartner, Globale Partner, Nexus- und Friedenspartner) geht das BMZ zielgerichteter auf die jeweiligen Rahmenbedingungen vor Ort ein und kann so die Kooperationsinteressen seiner Partner besser berücksichtigen. Dies schafft die Voraussetzung für eine passgenauere gemeinsame Umsetzung der *Agenda 2030*.

Partnerschaftsmodell

Das BMZ hat aufgrund der besonderen Eigenschaften der Globalen Partner – Wirtschaftskraft, globale Bedeutung, interne Herausforderungen – einen besonderen Ansatz für die Zusammenarbeit festgelegt, der sich aus SDG 17 der *Agenda 2030* ableitet: Globale Partnerschaften zur Erreichung der Entwicklungsziele stärken. In der Umsetzung werden daher auch Süd-Süd- und Dreieckskooperationen sowie Netzwerke (beispielsweise *Managing Global Governance*) genutzt.

Im Fokus der Gemeinsamen Programmplanung der Europäischen Union (EU), des *Joint Programming* und auch der BMZ-Länderstrategien steht es, die SDGs zu erreichen. Grundsätzlich wird überprüft, ob die BMZ-Länderstrategie durch das *Joint Programming* ersetzt werden kann. Das *Joint Programming* stärkt das gemeinsame Handeln der EU und kann so die Effektivität der europäischen Entwicklungszusammenarbeit erhöhen, um die *Agenda 2030* umzusetzen.

Gemeinsame Verfahrensreform

Im Zuge der Gemeinsamen Verfahrensreform (GVR) im Jahr 2017 und ihrer Aktualisierung anlässlich der BMZ 2030 Reform wurden die Vorgaben für die Umsetzung von Vorhaben in den Partnerländern der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit weiterentwickelt. Entsprechend der GVR wird die Entwicklungszusammenarbeit mit einem Land über einen Dreiklang aus Länderstrategien, entwicklungspolitischen Programmen und konkreten Maßnahmen regelmäßig überprüft und angepasst. Die Länderstrategien geben den Rahmen für die Zusammenarbeit in den Partnerländern vor. Sie formulieren, wie der Beitrag des deutschen Engagements zu

entwicklungspolitischen Zielen ausgerichtet wird. Daran orientieren sich die Programme und Maßnahmen. Gleichzeitig wird die *Agenda 2030* bei der Gestaltung und Berichterstattung ihrer Aktivitäten berücksichtigt.

Rechenschaftspflicht, Daten & Ergebnisse

Das BMZ hat mit dem Berichtsjahr 2021 ein Standardindikatoren-System eingeführt. In Ergänzung der projektspezifischen Indikatoren sollen mit diesem System Daten generiert werden. Die BMZ-Standardindikatoren orientieren sich an den SDGs und deren Unterzielen. Diese Indikatoren dienen der Kommunikation darüber, wie Deutschland seine Partnerländer dabei unterstützt, die *Agenda 2030* zu erreichen.

Mit dem Berichtsjahr 2021 wurde erstmals eine Erfassungsmethodik eingerichtet, um diejenigen BMZ-Beiträge abzubilden, die dazu dienen, die einzelnen SDGs zu erreichen (*SDG-Mapping*). Als Grundlage dient eine Auswertung vorhandener Projektinformationen der deutschen Zusammenarbeit. Es ist geplant, diese SDG-Beiträge möglichst ab dem Berichtsjahr 2021 auch im Rahmen der deutschen Meldung zu den öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) zu veröffentlichen.

Agenda 2030 konkret:

Wie Erdbeobachtungsdaten die Umsetzung der Agenda 2030 unterstützen

Neben Daten aus den Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stehen zunehmend auch externe Satelliten-, Klima- und Sensordaten zur Verfügung. Mit ihnen kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit noch wirksamer gestaltet werden. So werden zum Beispiel Satellitendaten genutzt, um in Partnerländern die Entwaldung und Landnutzungsänderungen zu überwachen. In Namibia fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Nutzung von Erdbeobachtungsdaten zur Sammlung von SDG-Informationen über Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung (SDG 11.3.1), Wasserökosysteme (SDG 6.6.1) und Agrarflächen (SDG 2.4.1). Grundlage ist eine Kooperation zwischen der namibischen Statistikbehörde, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und der Universität Würzburg.

2.2.2. Gezielte Ansätze zur Umsetzung der Agenda 2030 in Partnerländern

Viele Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit stehen vor der Herausforderung, die *Agenda 2030* in konkrete Ansätze zu übersetzen. Oftmals fehlen die Grundlagen, auf denen nachhaltige Entwicklung aufbauen kann. Deshalb hat das BMZ nicht nur seine Strategien und Verfahren auf die *Agenda 2030* ausgerichtet, sondern unterstützt Partnerländer auch mit gezielten Initiativen bei Transformationsprozessen auf dem Weg hin zu nachhaltiger Entwicklung. Dies beinhaltet, dass die *Agenda 2030* in der Politik verankert wird, Haushaltsmittel bereitgestellt, Pläne aufeinander abgestimmt und Umsetzungsschritte auf Erfolg geprüft werden.

Initiativprogramm Agenda 2030

Mit dem *Initiativprogramm Agenda 2030* unterstützt das BMZ Partnerländer in Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika durch strategische Interventionen hin zu nachhaltiger Entwicklung im Sinne der *Agenda 2030*. Die Unterstützung erfolgt über neue oder bestehende Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit. Sie setzt dort an, wo der Beratungsbedarf von Partnerländern am höchsten ist. Ihre strukturellen und transformativen Ansätze beziehen sich auf drei Ebenen: Politik (Anpassung von Strukturen und Strategien an die *Agenda 2030*), Finanzierung (Einnahmen erhöhen und private Investitionen mobilisieren) und Überprüfung (Monitoring und Berichterstattung).

Das BMZ hat mit dem *Initiativprogramm* eine weltweit einzigartige bilaterale Initiative geschaffen. Seit seiner Verabschiedung fördert das *Initiativprogramm* mit einem Budget von bislang 82 Millionen Euro (2016–2021) Maßnahmen in insgesamt 30 Partnerländern und mit drei Regionalorganisationen. Durch das *Initiativprogramm* werden neue Wege für transformative Ansätze in Schwerpunkten wie nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, gute Regierungsführung oder Klima und Energie aufgezeigt. Gemeinsam mit seinen Partnerländern leistet das BMZ so einen wichtigen Beitrag, um die Transformation hin zu nachhaltiger Entwicklung zu beschleunigen.



Agenda 2030 konkret: Wirkungen des Initiativprogramms

Das *Initiativprogramm* unterstützt den Aufbau und die Stärkung von Nachhaltigkeitsgovernance in Partnerländern. Grundlegend ist dabei, dass jedes Land seinen ganz individuellen Weg hin zu nachhaltiger Entwicklung erfolgreich umsetzen kann. Dazu leistet das *Initiativprogramm* einen Beitrag:

- In Mexiko wurde die Erstellung einer nationalen *Agenda 2030*-Strategie begleitet, die im Dezember 2019 veröffentlicht wurde. Erste Bundesstaaten richten dort ihre Entwicklungspläne an der *Agenda 2030* aus. Das Parlament wird außerdem darin unterstützt, seine Gesetzgebung nachhaltig zu formulieren.
- In Brasilien werden die Weichen für die heimische Finanzierung der SDGs gestellt. Dies geschieht über die Einbindung des Privatsektors durch die Entwicklung von Green Bonds (Grüne Anleihen). Diese bieten viel Potenzial, um klimafreundliche Maßnahmen und Investitionen auszubauen. Zudem konnten Nachhaltigkeitskriterien stärker in den Finanzsektor integriert werden, so dass Sozial- und Umweltrisiken effektiver berücksichtigt werden.
- Für die Überprüfung der SDG-Zielerreichung müssen Regierungen in der Lage sein, die benötigten Daten zu erheben und auszuwerten. In Ghana wurden die Voraussetzungen für eine datenbasierte Entwicklungsplanung zur Umsetzung der *Agenda 2030* verbessert. Damit Daten aus den Kommunen in das SDG-Berichtssystem der Regierung eingespeist werden können, wurde eine webbasierte Monitoring- und Überprüfungsplattform entwickelt und pilotiert.

Indem Maßnahmen im Rahmen des *Initiativprogramms* gezielt gefördert werden, können wichtige Erfahrungen dazu gesammelt werden, wie die Umsetzung der *Agenda 2030* in Partnerländern funktionieren kann. Das *Initiativprogramm* arbeitet mit seinen Partnern auf Augenhöhe zusammen und initiiert neue Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung. In Reaktion auf die COVID-19-Pandemie fördert das *Initiativprogramm* seit 2020 verstärkt Beratungsansätze für eine nachhaltige und resiliente Politikgestaltung zur Umsetzung der SDGs.

Transformationsfonds Agenda 2030

Mit dem *Transformationsfonds Agenda 2030* hat das BMZ zwischen 2018 und 2021 insgesamt 18 Projekte in 13 Partnerländern unterstützt. Neben Partnerregierungen wurden vor allem zivilgesellschaftliche Institutionen dabei unterstützt, eine stärkere Rolle bei der Umsetzung der *Agenda 2030* einzunehmen. Der Fonds förderte kurzfristige und kleinvolumige Projekte. Eingebettet in einen größeren politischen oder sozialen Prozess im Land, sollen sie entscheidende Impulse in Richtung Nachhaltigkeit setzen.

Wie auch das *Initiativprogramm Agenda 2030* war der Fonds auf die drei systemischen Ebenen Politik, Finanzierung und Überprüfung ausgerichtet. Die erzielten Wirkungen haben sich nicht nur auf die unmittelbare Projektumgebung beschränkt. Erfolgreiche Ansätze wurden innerhalb des Landes oder in der Region skaliert und verbreitet. Die Projekte in West- und Ostafrika fördern beispielsweise eine Kooperation zivilgesellschaftlicher Organisationen, um die *Agenda 2030* in der Region länderübergreifend umzusetzen.

Agenda 2030 konkret:

Wirkungen des Transformationsfonds

In Südafrika wurde die Zivilgesellschaft dabei unterstützt, den ersten freiwilligen Staatenbericht über die Umsetzung der *Agenda 2030* zu erstellen. Angelehnt an das Open-SDG-Club-Konzept des deutschen Rates für Nachhaltige Entwicklung ermöglichte das Projekt 2019 einen regen Austausch zwischen etwa 150 zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Regierung. Durch diesen partizipativen und inklusiven Berichterstattungsprozess wurde die Rechenschaftspflicht gestärkt und ein Multi-Akteurs-Mechanismus eingerichtet, um gemeinsam zu überprüfen, wie die *Agenda 2030* in Südafrika umgesetzt wird.

In Mexiko wurden auf Grundlage von Pilotprojekten in zehn Gemeinden lokale Entwicklungspläne und Steuermechanismen erfolgreich an die *Agenda 2030* angepasst. Für den Staat Oaxaca wurden verbindliche Überprüfungsverfahren etabliert. Wenn Nachhaltigkeitskriterien in Finanztransfermechanismen integriert werden, entstehen auf lokaler Ebene zusätzliche Anreize für eine nachhaltige Entwicklung. Eine innovative SDG-Überprüfungsplattform dient nun als Grundlage für evidenzbasierte Nachhaltigkeitspolitik. Als erster mexikanischer Bundesstaat hat Oaxaca einen *Voluntary Local Review (VLR)* erstellt, der 2020 beim virtuellen HLPF vorgestellt wurde.

Inequality Challenge

Mit dem Innovationsfonds *Inequality Challenge* förderte das BMZ zwischen 2018 und 2019 weltweit zehn Projekte, die mit innovativen Ansätzen dazu beitragen, das *Leave-No-One-Behind*-Prinzip der *Agenda 2030* zu verwirklichen und Ungleichheiten zu verringern (SDG 10). Mit dieser in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit exemplarischen Umsetzung wurden Lernerfahrungen generiert und innovative Instrumente entwickelt und angewendet, die Ungleichheiten reduzieren können. Es wurden Erfahrungen bei der Umsetzung des LNOB-Prinzips aufgearbeitet. Im Rahmen eines Onlinetrainings wurden wichtiges Know-How und Peer-Learning zwischen Akteur*innen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und weiteren Partner*innen gefördert.

Agenda 2030 konkret: Wirkungen der *Inequality Challenge*

In Bangladesch hat die größte nichtstaatliche Entwicklungsorganisation BRAC durch ein LNOB-überarbeitetes Mikrofinanzprogramm deutlich mehr Haushalten Zugang zu finanzieller Unterstützung und medizinischer Versorgung ermöglicht und so dazu beigetragen, Ungleichheit innerhalb des Landes zu verringern.

In Nigeria hat die *Collaborative Media Advocacy Platform* mithilfe von Radiogeschieden und narrativen Geografien (interaktive Karten mit visuellen und auditiven Elementen) die Bewohner*innen von Slums sicht- und hörbar gemacht. So deckte das Projekt nicht nur strukturelle Ungleichheiten (SDG 10) auf, sondern trug gleichzeitig zur Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5) und zu nachhaltiger Lebensraumgestaltung (SDG 11) bei.

In der Mongolei wurde der Bildungszugang für Menschen mit Behinderung durch eine App zur Bewertung von physischen Barrieren verbessert. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen erhöhte sich nicht nur die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in der mongolischen Gesellschaft. Die Anwendung der App wurde außerdem auf weitere Einrichtungen wie Hotels und Sozialämter ausgeweitet.

Recover Better Support Fund

Anfang 2021 richtete das BMZ, aufbauend auf dem Transformationsfonds und dem Innovationsfonds *Inequality Challenge*, den *Recover Better Support Fund* ein. Mit ihm sollen Maßnahmen durchgeführt werden, die in den Partnerländern der deutschen EZ zu einem nachhaltigen Wiederaufbau und einer gestärkten Resilienz im Sinne der *Agenda 2030* beitragen.

Der Fonds ist in zwei Förderlinien unterteilt. Die erste Förderlinie richtet sich an Länder, die noch keinen offiziell anerkannten Nachhaltigkeitsrat haben, in denen aber Multi-Akteurs-Beratungsgremien oder andere Ratsstrukturen über das Potenzial verfügen, die Nachhaltigkeitsarchitektur zu stärken. Diese Gremien und Strukturen sollen gestärkt werden, so dass sie bei der Politikformulierung und -umsetzung zu Fragen nachhaltiger Entwicklung und zu *Recover Better* beraten kön-

nen. Die zweite Förderlinie unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen, so dass sie erprobte und erfolgreiche Ansätze zur nachhaltigen Reduzierung von Armut und Ungleichheiten an den aktuellen Krisenkontext anpassen und/oder ausweiten können (beispielsweise auf weitere Bevölkerungsgruppen oder Regionen).

2.2.3. Aktuellen Krisen begegnen und die Umsetzung der Agenda 2030 sichern

Die COVID-19-Pandemie wirkt sich auf alle sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bereiche in unseren Partnerländern aus. Sie bedroht die bislang erzielten Fortschritte bei der Erreichung der SDGs. Die Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern nimmt zu. Sie trifft vor allem Bevölkerungsgruppen, die ohnehin schon marginalisiert und verletzlich sind. Dabei müssen nicht nur die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Folgen, sondern auch die langfristigen Perspektiven in den Blick genommen werden.

Mit einem Corona-Sofortprogramm hat das BMZ frühzeitig reagiert, um Partnerländer bei der Eindämmung der Pandemie und der Bewältigung ihrer akuten ökonomischen Folgen zu unterstützen. 2020–2021 stellte das BMZ über das Corona-Sofortprogramm rund 4,7 Milliarden Euro für Entwicklungs- und Schwellenländer zur Verfügung. Damit leistet es einen sichtbaren und mit internationalen Partner*innen abgestimmten Beitrag, um Gesundheitssysteme zu stabilisieren und die sozio-ökonomischen Folgen der Pandemie zu mindern. Die Mittel werden zur Unterstützung der Partnerländer mit Diagnostik, Trainings, Wasser- und Sanitärmaßnahmen sowie Materiallieferungen eingesetzt. Darüber hinaus werden Partnerländer mit einem hohem Armutsanteil durch Programme zur sozialen Sicherung und durch Bargeldtransfers bei der Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie unterstützt (siehe auch Kapitel 3.1.6).

Seit Ende Februar 2022 rücken die Auswirkungen durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine in den Vordergrund. Neben den flächendeckenden Zerstörungen in der Ukraine bringt der Krieg auch weltweite, katastrophale Auswirkungen

gen: Global steht die Ernährungssicherheit vieler Länder auf dem Spiel, die von den Getreideimporten aus Russland und der Ukraine abhängig sind. Auch bei anderen wichtigen Gütern wie Düngemitteln, fossilen Brennstoffen oder Basismedikamenten drohen Engpässe. Der Ausfall der Getreidelieferungen stellt eine Bedrohung der globalen Ernährungssicherheit dar. Zum jetzigen Zeitpunkt geht das Welternährungsprogramm davon aus, dass allein aufgrund des russischen Angriffskrieges fast 50 Millionen Menschen akut von Hunger bedroht sind. Für Länder wie Tunesien, Somalia oder Libanon ist die Hungerkrise existenzbedrohend. Der Tschad hat Anfang Juni als erstes Land den Ernährungsnotstand ausgerufen.

Als Antwort auf die Krise beschlossen die G7-Entwicklungsminister*innen unter deutschem Vorsitz und mit der Unterstützung der Weltbank ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit, das auch im Zentrum der „Erklärung der G7 zur globalen Ernährungssicherheit“ steht. Die G7 kündigten in diesem Rahmen auch weitere 4,5 Milliarden US-Dollar im Kampf gegen Hunger und Mangelernährung an.

BMZ Unterstützung für die Ukraine

Das BMZ hat große Anstrengungen unternommen, um die Menschen in der Ukraine schnell und flexibel zu unterstützen. Das aktuelle entwicklungspolitische Sofortprogramm hat ein Volumen von insgesamt 185 Millionen Euro (Stand 8. Mai 2022). Das Sofortprogramm unterstützt beispielsweise die Instandsetzung des Stromnetzes, es unterstützt Partnerkommunen beim akuten Krisenmanagement oder die Schaffung von Unterkünften für Binnenvertriebene.

Für die weitere Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine hat Deutschland beim G7-Gipfel in Elmau Ende Juni 426 Millionen Euro aus dem Ergänzungshaushalt zugesagt.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass nach der Pandemie nun auch der völkerrechtswidrige Angriffskrieg die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung weiter zurückwirft. Besonders deutlich sind diese Auswirkungen bei den Themen Ernährungssicherheit (SDG 2) und Energiever-

sorgung (SDG 7). An diese akute Krise reihen sich „Dauerkrisen“ wie andauernde Konflikte, Klimawandel, Biodiversitätsverlust oder die Langzeitfolgen der COVID-19-Pandemie. Dieses Krisengeflecht macht Entwicklungsfortschritte zunichte und trifft Arme und Benachteiligte besonders hart. Dieser Lage begegnet das BMZ auch in Zukunft entschlossen: Drei unserer vier Schwerpunktthemen legen den Fokus sowohl auf die Bekämpfung akuter und die Vorbeugung zukünftiger Krisen: dazu zählen vor allem die Themen 1) COVID-19-Pandemie/ Gesundheit, 2) Armut und Hunger sowie 3) Just Transition/ Klima.

Diese multiplen Krisen und Konflikte lassen sich nicht isoliert voneinander betrachten. Mehr denn je wird deshalb eine starke Entwicklungszusammenarbeit benötigt, die mit Weitsicht an den wichtigsten Stellschrauben einer globalen nachhaltigen Entwicklung ansetzt. Kernaufgabe des BMZ ist es daher, die Resilienz gegen Krisen zu stärken. Dies erfolgt durch weltweite Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung. Das BMZ setzt sich zudem für mittel- und langfristige Maßnahmen ein, die eine Neuausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung unterstützen. Maßgabe dieser verschiedenen Programme ist es, eine nachhaltig ausgerichtete wirtschaftliche und soziale Erholung zu ermöglichen.

2.3. International gemeinsam vorangehen: Umsetzung der Agenda 2030 auf internationaler Ebene

2.3.1. Stärkung des multilateralen Systems

Die Agenda 2030 und die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung können nicht allein durch nationales Handeln erreicht werden. Globale Herausforderungen wie die Folgen des Klimawandels und des Biodiversitätsverlusts, Armut und Ungleichheit sowie die COVID-19-Pandemie bedürfen internationaler und gemeinsamer Lösungsansätze über nationale Grenzen hinweg.

Die Bundesregierung setzt sich gemeinsam mit anderen Partner*innen dafür ein, den Multilateralismus zu stärken. So soll die regelbasierte multilaterale Ordnung gefestigt und durch die Ausrichtung an der *Agenda 2030*, der Addis Ababa Action Agenda (AAAA) und an dem Pariser Klimaabkommen auch gerechter gestaltet werden.

Dafür setzt sich das BMZ sowohl in der EU als auch bei den VN ein. In Formaten wie der G7 und der G20 werden wichtige Beiträge geleistet. Hier folgt das BMZ dem Grundsatz, auf allen Ebenen, national, supranational und international, Verantwortung wahrzunehmen. Die deutsche Entwicklungspolitik zielt komplementär zur deutschen Außenpolitik darauf ab, die normativen Funktionen internationaler Organisationen zu stärken. Denn multilaterale Organisationen spielen als Normen- und Standardsetzer eine Schlüsselrolle darin, die *Agenda 2030* umzusetzen. Gleichzeitig sollen Chancen für ein gemeinsames Engagement von nationalen und multilateralen Akteur*innen genutzt werden, damit das entwicklungspolitische Engagement effektiver die SDGs verfolgen kann.

2.3.2. BMZ Engagement in internationalen Prozessen

VN

Das HLPF der VN ist das zentrale internationale Forum, das überprüft, ob und wie die *Agenda 2030* für nachhaltige Entwicklung sowie die Ziele für nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden.

In der Bundesregierung tragen das BMUV und das BMZ die gemeinsame Verantwortung (Federführung) für das HLPF. Das HLPF hat im VN-System eine einzigartige Position, denn es findet jährlich im Juli unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats (*Economic and Social Council*, ECOSOC) statt und zusätzlich alle vier Jahre als sogenannter SDG-Gipfel unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung. Im Rahmen des ersten SDG-Gipfels 2019 setzte sich die Bundesregierung für eine ambitioniertere und beschleunigte Umsetzung der *Agenda 2030* ein, welche als Aktionsdekade (*Decade of Action and Delivery*) Eingang in die *Politische Erklärung* des Gipfels fand. Sie dient als Grundlage für den Generalsekretär der VN, jährlich einen *SDG-Moment* am

Rande der VN-Generalversammlung auszurichten. Dessen übergeordnetes Ziel ist es, die *Agenda 2030* an der Spitze der politischen Agenda zu halten und für ihre dringend notwendige ambitioniertere Umsetzung ein Momentum auf Staats- und Regierungschefs-Ebene zu schaffen.

Die Bundesregierung tritt unter Federführung des BMUV und des BMZ auf internationaler Ebene für eine Rechenschaftspflicht und eine transparente Berichterstattung zur Umsetzung der *Agenda 2030* ein. Einen zentralen wissenschaftlichen Impuls mit Politikberatungscharakter gibt der (alle vier Jahre) anlässlich des Gipfels erstellte *Global Sustainable Development Report* (GSDR). Seine Empfehlungen fließen in Entscheidungsfindungen und Umsetzungsprozesse der Bundesregierung ein. Der GSDR 2019 betonte, wie bedeutend integrierte Ansätze und Transformationsbereiche dafür sind, die *Agenda 2030* umzusetzen. 2018/2019 unterstützte das BMZ die Erstellung und Finanzierung des Berichts über ein IDOS-Projekt. Ziel war es, wissenschaftliche Beiträge und Outreach-Aktivitäten bereitzustellen.



Deckblatt des Freiwilligen Staatenberichts Deutschlands von 2021

Ein zentrales Berichterstattungsinstrument sind die Freiwilligen Staatenberichte der VN-Mitgliedsstaaten über die Umsetzung der *Agenda 2030* für nachhaltige Entwicklung (*Voluntary National Reviews, VNRs*). Sie informieren über den nationalen Umsetzungsstand der *Agenda 2030* und beschreiben Herausforderungen, Erfolge und Erfahrungen bei der Erreichung der SDGs.

2016 zählte Deutschland zu den ersten Staaten, die einen Freiwilligen Staatenbericht beim HLPF vorlegten. 2021 wurde der 2. Freiwillige Staatenbericht Deutschlands unter der Federführung des BMUV und BMZ erstellt. Darin wurde Deutschlands Verpflichtung bekräftigt, die *Agenda 2030* umfassend umzusetzen. Zentrale Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft waren am Erstellungsprozess beteiligt (siehe Kapitel 2.1.). Als Kernbotschaft wird im zweiten VNR die doppelte Herausforderung beschrieben, die die Pandemiebewältigung und die Transformation hin zu nachhaltiger Entwicklung (*Better and Green Recovery*) bedeuten.

In den Verhandlungen zum *ECOSOC/HLPF Review*, die 2021 abgeschlossen werden konnten, setzte sich die Bundesregierung unter anderem dafür ein, die Beteiligungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Vertreter*innen zu erhalten bzw. sie zu erhöhen, zukünftige HLPF-Ministererklärungen ziel- und handlungsorientierter zu gestalten sowie Überprüfungs- und Rechenschaftsmechanismen zu stärken. Außerdem sollten Querverbindungen und Verflechtungen zwischen den SDGs (*Interlinkages*) sowie neue und aufkommende Herausforderungen (*New and emerging issues*) verstärkt in den thematischen Überprüfungen berücksichtigt werden. Auch sollten zukünftig die Beiträge zwischenstaatlicher Gremien und Foren, von Multi-Akteurs-Foren und VN-Regionalforen sowie Forschungsergebnisse und wissenschaftliche Quellen wie der GSDR in den Überprüfungen eine stärkere Rolle spielen.

EU (inkl. Ratspräsidentschaft)

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind zusammen sowohl größter entwicklungspolitischer Akteur als auch der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Die EU hat somit eine besondere globale Verantwortung für die Umsetzung der *Agenda 2030*. Das Ziel der EU, sowohl global als auch in

Europa auf eine nachhaltige Entwicklung hinzuwirken, ist in den EU-Verträgen festgeschrieben. Die *Ratsarbeitsgruppe Agenda 2030* (RAG) ist das wesentliche Gremium dafür, die Umsetzung der *Agenda 2030* auf EU-Ebene zu überprüfen. Die RAG besitzt ein weitgefächertes Mandat, das die SDG-Implementierung in internen und externen Politikfeldern umfasst. BMUV und BMZ teilen sich in der Bundesregierung auch die Federführung für diese Arbeitsgruppe.

Im zweiten Halbjahr 2020 hatte die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft inne. Das BMZ hatte sich dafür eingesetzt, dass die *Agenda 2030* im Gesamtarbeitsprogramm der Bundesregierung für die EU-Ratspräsidentschaft als „Leitbild der deutschen Ratspräsidentschaft“ stark verankert war. Während der Ratspräsidentschaft wirkte das BMZ erfolgreich darauf hin, dass die EU-Kommission erstmals ein Konzept zur Umsetzung der *Agenda 2030* vorlegte. Seither bemüht sich das BMZ darum, das Konzept weiterzuentwickeln und strategischer auszurichten. Außerdem unterstützt es einen strukturierten Dialog zwischen der RAG *Agenda 2030* und der Europäischen Kommission zur Umsetzung der SDGs.

Zu den weiteren Prioritäten zählen die innen- und die außenpolitische Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung. Dabei geht es insbesondere darum, negative *Spillover*-Effekte von EU-Politiken auf Partnerländer aufzuheben. Auch zu diesem Zweck hat das BMZ erfolgreich die globale *Team-Europe-Initiative* (TEI) zu nachhaltigen Lieferketten initiiert. Weitere Ziele sind es, die Nachhaltigkeitsarchitektur auf EU-Ebene zu stärken und bessere Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft im Rahmen der EU-Nachhaltigkeitspolitik zu schaffen.

Darüber hinaus setzt sich das BMZ für die Rechenschaftspflicht und Berichterstattung zur Umsetzung der *Agenda 2030* ein, und zwar auf allen Ebenen, also lokal, national und international. Mit Blick auf die EU geht es dabei vor allem darum, den jährlichen SDG-Umsetzungsbericht der Europäischen Statistikbehörde (EUROSTAT) zu verbessern. Ein erster Erfolg in dieser Hinsicht war es, dass im Eurostat Bericht 2020 erstmalig *Spillover*-Effekte geprüft wurden.

Das BMZ setzte sich in den Verhandlungen zum aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2021–2027) erfolgreich dafür ein, dass darin die *Agenda 2030* verankert wurde. Außerdem dafür, dass das neue Europäische Außenfinanzierungsinstrument Europa in der Welt (*NDICI-Global-Europe*) als zentrales Instrument ausgestaltet wird, um weltweit die *Agenda 2030* umzusetzen. Das BMZ steht außerdem dafür, den *Europäischen Grünen Deal* (EGD) stärker an der *Agenda 2030* auszurichten. Dabei steht im Fokus, die soziale sowie die Außendimension des EGD zu betonen. Thematisch stellt dieser zudem den größten Themenschwerpunkt der gemeinschaftlichen *Team-Europe Initiative* im Rahmen von *NDICI-Global-Europe* dar. Zudem hat das BMZ im europäischen Kontext über Ratsschlussfolgerungen zu *Team Europe* festgeschrieben, dass die *Agenda 2030* als Richtschnur für die Erholung von der COVID-19-Pandemie gilt.

Die Bundesregierung arbeitet zudem eng mit anderen europäischen Staaten zu nachhaltiger Entwicklung zusammen. Sie ist Mitglied des Europäischen Nachhaltigkeitsnetzwerks (*European Sustainable Development Network, ESDN*) und nahm an der Europäischen Nachhaltigkeitswoche (*European Sustainable Development Week*) vom 20.–26. September 2021 teil.

G7 und G20

Die Gruppe der Sieben (G7) und die Gruppe der Zwanzig (G20) sind informelle Foren der wichtigsten Industrie- (G7) bzw. Industrie- und Schwellenländer (G20). Als solche sind sie von besonderer Bedeutung und nehmen Stellung zu weltweiten Herausforderungen. 2022 übernahm Deutschland den G7-Vorsitz. Unter dem Motto ihrer G7-Präsidentschaft „Fortschritt für eine gerechte Welt“ setzt sich die Bundesregierung vor allem in folgenden Handlungsfeldern ein: (1) Ein nachhaltiger Planet, (2) Wirtschaftliche Stabilität und Transformation, (3) Ein gesundes Leben, (4) Investitionen in eine bessere Zukunft und (5) Ein starkes Miteinander. Die *Agenda 2030* bleibt im Programm der deutschen G7-Präsidentschaft der zentrale internationale Referenzrahmen für das Engagement für eine nachhaltige Entwicklung. Die G7-Staaten tragen besondere Verantwortung bei der ambitionierten Umsetzung der SDGs – global, national und lokal.

Das BMZ ist innerhalb des G7-Prozesses für den entwicklungspolitischen Arbeitsstrang (den sogenannten *Development Track*) verantwortlich. Dazu gehört die federführende Koordinierung folgender Arbeitsgruppen: (1) Ernährungssicherheit (*Food Security Working Group, FSWG*), (2) Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investition (*Partnership for Global Infrastructure and Investment Working Group; PGIIWG*), und (3) Rechenschaft (*Accountability Working Group, AWG*). Das BMZ ist außerdem ko-federführend bei der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) verantworteten Arbeitsgruppe zu Geschlechtergerechtigkeit und der Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen (*Gender Equality and Women's Empowerment Working Group, GEWE*).

Auch für die G7-Schwerpunkte des BMZ bildet die *Agenda 2030* das Leitmotiv. In Zeiten multipler globaler Herausforderungen steht dabei die Erreichung der SDGs weiterhin im Zentrum. Zu den entwicklungspolitischen Schwerpunkten der G7 unter deutschem Vorsitz gehören (1) der Umgang mit den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und Partnerländer, (2) Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme, (3) Infrastrukturinvestitionen für nachhaltige Entwicklung, (4) Allianzen für Klima und Entwicklung, (5) Globale Gesundheit, (6) eine soziale, gerechte Transformation (Just Transition) sowie (7) die Gleichberechtigung der Geschlechter. Diese Themensetzung steht auch im Einklang mit den vier Schwerpunktthemen des BMZ und zeigt klar, wie wichtig kontinuierliches Engagement auf allen Ebenen ist.

Zwei Beispiele: Um Armut und Hunger zurückzudrängen, ist das vom BMZ initiierte und von den G7 mit Unterstützung der Weltbank geschlossene Bündnis für globale Ernährungssicherheit eine ganz entscheidende Initiative. Gleiches gilt im Kampf gegen den Klimawandel für die Entscheidung der G7, die Energiewende-Partnerschaften („Just Energy Transition Partnerships“), mit Entwicklungsländern auszubauen.

Im Kontext der G20 spielt der G20-Aktionsplan zur Umsetzung der *Agenda 2030* (*G20 Action Plan on the 2030 Agenda for Sustainable Development*) eine entscheidende Rolle. Bereits 2016 verpflichtete sich die G20 mit dem Aktionsplan, ihre

gesamte Arbeit an der *Agenda 2030* auszurichten und die Umsetzung der Addis Abeba Aktionsagenda (AAAA) voranzubringen (siehe auch Kapitel 2.4). Die Bundesregierung setzt sich über das BMZ in der G20-Entwicklungsarbeitsgruppe (*Development Working Group*, DWG) aktiv dafür ein, den Aktionsplan ambitioniert umzusetzen und im Zuge der jährlichen Aktualisierung weiterzuentwickeln. Dabei ist es wichtig, die *Agenda 2030* als multilaterales Rahmenwerk der Kooperation zu verstetigen und die G20-Partner zu mehr Integration zu bewegen.

Zu den weiteren Prioritäten zählt es, die führende Rolle der G20 dabei zu bekräftigen, dass die Transformation zu nachhaltiger Entwicklung vorangebracht und die *Agenda 2030* beschleunigt umgesetzt wird. Ebenso prioritär ist die Rechenschaftslegung zu bestehenden entwicklungspolitischen Verpflichtungen der G20. Das BMZ setzt sich darüber hinaus dafür ein, die Zusammenarbeit und Kohärenz zwischen denjenigen Arbeitsgruppen des Sherpa- und Finanz-Tracks zu stärken, die mit Aktivitäten zur *Agenda 2030* und mit nachhaltiger Entwicklungsfinanzierung unmittelbar zusammenhängen.

OECD

Im Zuge der BMZ 2030-Reform richtet sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf mehr Wirksamkeit aus. Als Instrument dient dazu eine an den SDGs ausgerichtete Wirkungsmessung und -berichterstattung. Gute Praktiken und Lernerfahrungen der deutschen EZ in diesem Bereich fließen in die *OECD/DAC Results Community* ein, an der sich das BMZ aktiv beteiligt. Dadurch wird der Dialog zwischen den DAC-Geberländern gestärkt, und es werden Weichen für SDG-konforme entwicklungspolitische Wirkungen gestellt.

Als Gründungsmitglied ist Deutschland im Rat der OECD vertreten. Das BMZ beteiligt sich als wertgeschätzter Partner in dieser multilateralen Kooperation nicht nur finanziell, sondern auch aktiv daran, gemeinsame Strategien zu erarbeiten und Ziele umzusetzen.

Multilaterale Entwicklungsbanken

Die multilateralen Entwicklungsbanken tragen dazu bei, die enormen finanziellen Mittel bereitzustellen, die notwendig sind, um die globalen Ziele zu erreichen. So wurde beispielsweise bei der Wiederauf-

füllung des konzessionären Fensters *International Development Association* (IDA 20 – Gesamtvolumen von rund 93 Milliarden US-Dollar, deutscher Beitrag 1,6 Milliarden US-Dollar) ein besonderer Schwerpunkt auf Krisenvorsorge und auch menschliche Entwicklung gelegt. Weiterhin ist eine Zielgröße von 35 Prozent der Ausgaben für Klima vorgesehen – ähnlich wie für die ganze Weltbankgruppe durch den *Climate Change Action Plan* (CCAP).

Die multilateralen Entwicklungsbanken setzen zudem Standards bei der Umsetzung. Das BMZ setzt sich dafür ein, dass die Weltbank beispielsweise die umfangreichen Wiederaufbauprogramme nachhaltig und klimafreundlich ausgestaltet, mit denen bis Mitte 2021 etwa 160 Milliarden US-Dollar mobilisiert wurden. Dies erfolgt zum Beispiel durch die Fokussierung auf erneuerbare Energien und den Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe. Hierzu stellte das BMZ eine Anschubfinanzierung von 20 Millionen Euro für die *Green Recovery Initiative* der Weltbank bereit.

Im Oktober 2021 unterzeichneten die Weltbank und das BMZ eine Absichtserklärung, mit der sie die Richtung zu weiterer Zusammenarbeit weisen. Es sollen Entwicklungsfortschritte für grüne, resiliente und inklusive Entwicklung vorangetrieben und die Bewältigung der Corona-Krise unterstützt werden. Die Absichtserklärung ist Ausdruck der gemeinsamen Überzeugung, dass nachhaltiges und inklusives Wachstum unverzichtbar ist. Ziel ist es, Partnerländer dabei zu unterstützen, ihre Wirtschaft so wieder aufzubauen, dass sie gegen Schocks wie den Klimawandel und wachsende Ungleichheiten resilienter sind.

Nachhaltigkeit und Resilienz sind gleichermaßen der zentrale Kompass für unsere Positionierung in den regionalen Entwicklungsbanken (Afrikanische Entwicklungsbank, Asiatische Entwicklungsbank, Interamerikanische Entwicklungsbank sowie Karibische Entwicklungsbank). Bei den aktuell laufenden Verhandlungen für die Wiederauffüllung des Afrikanischen Entwicklungsfonds „Fostering a Climate Smart, Resilient, Inclusive and Integrated Africa“ haben wir uns unter anderem erfolgreich für ambitionierte Klima- und Genderziele eingesetzt. So sollen mindestens 80 Prozent aller Vorhaben eine direkte positive Wirkung auf Frauen und Mädchen haben.

2.3.3. Internationale Kooperationen, Netzwerke und Partnerschaften zur Umsetzung der Agenda 2030

Auf internationaler Ebene kooperiert das BMZ nicht nur mit anderen Mitgliedsstaaten. Es unterstützt die Zusammenarbeit für die *Agenda 2030* auch in verschiedenen Netzwerken, Kooperationen und Partnerschaften. Diese leisten einen wichtigen Beitrag dazu, die internationale Nachhaltigkeitspolitik auszugestalten.

Sustainable Development Solutions Network

Das Wissenschaftsnetzwerk *Sustainable Development Solutions Network* (SDSN) berät die VN und andere internationale Akteur*innen in der Nachhaltigkeitsdebatte. Es identifiziert zusammen mit VN, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft neue Ansätze für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der *Agenda 2030* und setzt diese in konkreten Pilotprojekten um. Das BMZ unterstützt das SDSN-Sekretariat sowie thematische und nationale SDSN-Netzwerke dabei, lösungsorientierte Ansätze zur Umsetzung der SDGs zu generieren. Ein zentraler Kooperationspunkt ist die Zusammenarbeit zu internationalen *Spillover*-Effekten und datengestützter Politikgestaltung. Seit Beginn der Förderung im September 2013 ist die Anzahl der Netzwerkmitglieder von 81 auf über 1.600 gestiegen. Die Zahl der Netzwerke hat sich auf 46 nationale und regionale Netzwerke erhöht.

Der jährlich vom SDSN veröffentlichte *Sustainable Development Report* (SDR) ist ein zentraler Bericht, um die SDGs auf Länderebene zu überprüfen. Er wird zunehmend als Ressource von Staaten, von der EU und multilateralen Organisationen genutzt. Im Juni 2022 erschien der letzte Bericht mit dem Titel „From Crisis to Sustainable Development, the SDGs as Roadmap to 2030 and Beyond“, der sich auf die Auswirkungen und den Umgang mit multiplen Krisen konzentriert.

Globales Forum der Nachhaltigkeitsräte

Die Bundesregierung unterstützt über das *Globale Forum für Nachhaltigkeitsräte und SDG-Beratungsgremien* weltweit die Vernetzung von Multi-Akteurs-Gremien zur Umsetzung der *Agenda 2030*. Nachhaltigkeitsräte und ähnliche Multi-Akteurs-Plattformen beraten Regierungen weltweit dabei, ihre Nachhaltigkeitsziele umzu-

setzen. Gemeinsam mit dem BMUV, dem RNE und der finnischen Nachhaltigkeitskommission finanziert das BMZ die Vernetzungsarbeit und konkrete Impulsmaßnahmen zur SDG-Umsetzung von Mitgliedern des Globalen Forums im globalen Süden.

Das Globale Forum besteht derzeit aus rund 30 Mitgliedern. Dazu zählen staatlich eingesetzte, aber auch zivilgesellschaftliche Räte. Ihr Ansatz ist es, ein möglichst breites Akteurspektrum an einen Tisch zu bringen und Regierungen beratend zur Seite zu stehen. Durch den internationalen Erfahrungsaustausch werden Voraussetzungen und Gelingensbedingungen aufgearbeitet, die für institutionalisierte Nachhaltigkeitsräte und ähnliche Strukturen gelten.

Weitere Informationen:

www.nachhaltigkeitsrat.de/en/projects/the-global-forum-for-national-sdg-advisory-bodies/

Weitere internationale Netzwerke und Partnerschaften

Das BMZ setzt sich insbesondere für eine stärkere Rechenschaftspflicht und bessere Berichterstattung zur Umsetzung der *Agenda 2030* auf internationaler Ebene ein. So sollen ihre Wirkungen festgehalten, überprüft und offengelegt werden. Aus diesem Grund hat sich das BMZ in den vergangenen Jahren auch in weitere internationale Netzwerke und Partnerschaften eingebracht:

→ Durch das gemeinsam von BMZ und BMUV eingerichtete transnationale *Partners for Review-Netzwerk* (P4R) wurde bis 2022 die im Rahmen der *Agenda 2030* festgelegte Berichterstattung unterstützt. Im Vordergrund stand dabei die Förderung der nationalen Berichterstattung (*Voluntary National Reviews*, VNR) sowie der Wissensaufbau und -transfer, um nationale Monitoring-Prozesse zur *Agenda 2030* zu stärken. Am Netzwerk nahmen Vertreter*innen aus Regierungen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft teil. International erfuhr auch die jährliche Analyse der VNR-Berichte hohe Aufmerksamkeit und wurde im Vorfeld eines VNR immer wieder von Regierungen und anderen Akteur*innen konsultiert. Weitere Informationen: www.partners-for-review.de/

- Seit 2020 fördert das BMZ die Arbeit der *INTO-SAI Entwicklungsinitiative* (IDI). Diese Kooperation zielt darauf ab, die Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) weltweit bei der Überprüfung von Rahmenbedingungen und Fortschritten bezüglich der SDG-Erreichung zu stärken. Zum einen werden ORKB dabei unterstützt, die Bereitschaft von Regierungen zur Umsetzung der *Agenda 2030* zu prüfen. Zum anderen wird eine Methodik eingesetzt, die die Wirtschaftlichkeit von Regierungsprogrammen und -initiativen prüft, die wiederum zu den SDGs beitragen. IDI arbeitet dabei sowohl mit regionalen Dachorganisationen als auch mit einzelnen ORKB zusammen. In Uganda wird beispielsweise die ORKB bei der Prüfung von SDG 5.2 (Beseitigung von Geschlechtergewalt) begleitet. Außerdem unterstützt IDI koordinierte Prüfungen von SDG 3.d (Resilienz von Gesundheitssystemen) gemeinsam mit ORKB aus Asien, dem Nahen Osten und dem Pazifik. Mit ORKB aus Lateinamerika finden erste Vorbereitungen für die Prüfung von SDG 12.7 (Nachhaltige öffentliche Beschaffungsverfahren) statt.

- Das BMZ fördert die Arbeit der *Oxford Poverty and Human Development Initiative* (OPHI) zur Entwicklung, Gestaltung und Berechnung des nationalen Index für mehrdimensionale Armut (*Multidimensional Poverty Index*, MPI) in ausgewählten Ländern Subsahara-Afrikas. Der MPI ist eine Kombination von Einzelindikatoren, um Armut hinsichtlich der drei Dimensionen Bildung, Gesundheit und Lebensstandard zu messen. Der MPI gilt als der gängigste multidimensionale Armutsindikator. So trägt das BMZ dazu bei, die Fortschritte zu SDG 1 (Keine Armut) zu überprüfen und das LNOB-Prinzip zu realisieren. Seit 2019 wurden durch diese Zusammenarbeit Mitarbeiter*innen von Statistikämtern sowie politische Entscheidungsträger*innen in rund zehn Ländern fortgebildet. In Botswana, Burkina Faso und Ghana wurde die Entwicklung nationaler MPI begleitet.

2.4. Finanzierung als Hebel für nachhaltige Entwicklung

Finanzierungsfragen sind ein wichtiger Hebel für nachhaltige Entwicklung. Das BMZ unterstützt seine Partnerländer dabei, die Mobilisierung und Verwendung von Finanzmitteln umfassend für nachhaltige Entwicklung zu nutzen. So werden Partnerländer unter anderem darin gestärkt, nationale Ressourcen zu mobilisieren, den Privatsektor zu fördern, um wiederum private Mittel zu mobilisieren oder dabei, integrierte Finanzierungsansätze und -mechanismen zu nutzen.

Die Corona-Pandemie hat in vielen Ländern, insbesondere im globalen Süden dazu geführt, dass die SDG-Finanzierungslücke deutlich vergrößert wurde, sich die Schuldensituation verschärfte und Zielkonflikte bei Staatsausgaben verstärkt wurden. Denn während die Einnahmen krisenbedingt sanken, mussten kurzfristig mehr Mittel für die Krisenbewältigung bereitgestellt werden. Gleichzeitig fielen die privaten Investitionsflüsse und Rücküberweisungen in Länder des globalen Südens stark ab. Umso wichtiger ist das Engagement der Bundesregierung bei der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung.

Nachhaltige Entwicklungsfinanzierung – Umsetzung der Addis Abeba Aktionsagenda

Mit der *Agenda 2030* und dem Pariser Klimaabkommen hat sich die internationale Staatengemeinschaft ambitionierte Ziele gesetzt. Um sie zu erreichen, ist ein umfassender Einsatz finanzieller und nicht finanzieller, öffentlicher und privater sowie nationaler und internationaler Umsetzungsmittel erforderlich. Die im Jahr 2015 von den VN verabschiedete AAAA bietet einen umfassenden und einheitlichen Rahmen für die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung. Die AAAA umfasst sieben Aktionsfelder, die den Prozess zur Finanzierung globaler Entwicklung in ihrer ganzen Breite abdecken.

Die sieben Aktionsbereiche der Addis Abeba Aktionsagenda (AAAA)

1. Inländische öffentliche Mittel
(insbesondere Steuern und Steuersysteme)
2. Inländische und internationale Privatwirtschaft und Finanzen
3. Internationale Entwicklungszusammenarbeit
4. Internationaler Handel als Motor von Entwicklung
5. Verschuldung und Schuldentragfähigkeit
6. Behandlung systemischer Fragen
7. Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kapazitätsaufbau

Deutschland bekennt sich im Kontext des AAAA-Handlungsfelds „Internationale Entwicklungszusammenarbeit“ zu dem von den VN festgelegten Ziel, den Anteil öffentlicher Entwicklungsleistungen am Bruttonationaleinkommen auf 0,7 Prozent zu steigern (ODA-Quote). Dies soll bis 2030 erreicht werden. Seit 2016 verzeichnet die deutsche ODA-Quote einen Aufwärtstrend in Richtung des Zielwertes. Nach 2016 und 2020 wird Deutschland 2021 voraussichtlich zum dritten Mal den Zielwert erreichen bzw. übertreffen. 2021 betragen die deutschen ODA-Leistungen rund 27,3 Milliarden Euro und lag die deutsche ODA-Quote bei 0,74 Prozent (vorläufige Werte der OECD). Deutschland ist weltweit erneut zweitgrößter Geber und trägt wesentlich dazu bei, das SDG-Unterziel 17.2. (Sicherstellen, dass die entwickelten Länder ihre Zusagen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe voll einhalten) zu erreichen. Gleiches gilt für den korrespondierenden DNS-Indikator 17.1 (Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen).

Auch in den AAAA-Aktionsfeldern „Inländische öffentliche Mittel“, „Verschuldung und Schuldentragfähigkeit“ und „Internationaler Handel als Motor von Entwicklung“ kann Deutschland Umsetzungserfolge vorweisen: Dazu zählen die internationale *Addis Tax Initiative* (ATI) und ihre Erneuerung bis 2025. Deutschland ist ATI-Gründungsmitglied und viertgrößter Geber. Weitere Erfolge sind die *Globale Allianz für Handelserleichterungen* sowie die von Deutschland mitinitiierte Multi-Stakeholder Initiative *Multilaterale Debt Swaps* (Debt2Health).

Weitere BMZ-Schwerpunkte beim Engagement zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel, die an der *Agenda 2030* ausgerichtet sind, sind:

→ **Integrierte Nationale Finanzierungsansätze (INFFs):** Das BMZ setzt sich für die (Weiter-)Entwicklung Integrierter Nationaler Finanzierungspläne (*Integrated National Financing Frameworks*, INFFs) und Finanzsysteme ein. Diese in der AAAA verankerten INFFs sollen helfen, Wechselwirkungen, Zielkonflikte² und Synergien zwischen verschiedenen Finanzströmen auf nationaler Ebene zu berücksichtigen. Das BMZ unterstützt UNDESA bei der Entwicklung der INFF-Methode. Im Zuge der multilateralen Zusammenarbeit kofinanziert es über den UN-SDG-Fund die Pilotierung von INFFs in Partnerländern. Im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit werden zudem die Partnerländer Vietnam und Namibia in ihrem INFF-Prozess unterstützt.

→ **Innovative Finanzierungsansätze:** Innovative Finanzierungsansätze können helfen, die begrenzten öffentlichen Mittel effizienter und effektiver einzusetzen und so die Finanzierungslücke zur Erreichung der SDGs und der Ziele des Klimaabkommens von Paris zu schließen. Bei der Mobilisierung von privatem Kapital für entwicklungswirksame, nachhaltige Investitionen in Partnerländern ist das BMZ als internationaler Vorreiter anerkannt. Im Auftrag des BMZ hat die Entwicklungsbank der KfW eine Vielzahl von innovativen Finanzierungsinstrumenten aufgesetzt. Sie beteiligt sich auch an Instrumenten, die öffentliches und privates Kapital zusammenbringen (*blending*) und es für nachhaltige Investitionen einsetzen. Über die GIZ unterstützt das BMZ Partnerländer dabei, innovative Ansätze zu nutzen, um nationale öffentliche Mittel zu mobilisieren. Zum Beispiel, indem umweltschädliche Subventionen abgebaut oder Emissionshandelsmärkte eingeführt werden.

² Bspw. die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen bei gleichzeitiger Besteuerung ausländischer Unternehmen; Förderung internationaler privater Investitionen bei gleichzeitiger Vermeidung von nicht nachhaltiger Verschuldung der Entwicklungsländer in Fremdwährung.

Agenda 2030 konkret: Finanzierungsinstrumente zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen

Das BMZ gestaltet innovative Finanzierungskonzepte mit und unterstützt deren Umsetzung und Weiterentwicklung. Ein prominentes Beispiel im Rahmen des Schwerpunktthemas Just Transition ist der vom BMZ jüngst ins Leben gerufene *Legacy Landscapes Fund*: Hier hebeln öffentliche Gelder zusätzliche Mittel privater Geber*innen, um Naturschutzgebiete im globalen Süden langfristig zu finanzieren. Ziel ist es, bis 2030 die Grundfinanzierung von 30 Nationalparks und deren Pufferzonen für 15 Jahre und länger sicherzustellen. So wird Planungssicherheit für weltweit wichtige Rückzugsräume für wertvolle Ökosysteme ermöglicht.

Der 2017 vom BMZ gegründete *Blue Action Fund* (BAF) hat sich mittlerweile als zentrales Instrument für den Erhalt mariner Biodiversität etabliert. Durch den Beitrag des BMZ konnten weitere öffentliche und private Gelder gehebelt werden. Bislang wurden 61 Millionen Euro zur Investition in 17 Projekte bereitgestellt. So konnten bislang über 350.000 km² an marinen Schutzgebieten eingerichtet oder verbessert werden. Schätzungsweise profitieren davon mehr als 225.000 Menschen. Als weiteres innovatives Finanzierungsinstrument unterstützt das BMZ den weltweit ersten Mischfinanzierungsfonds für Korallenriffe, den *Global Fund for Coral Reefs*. Mit ihm werden private Mittel für marktbasiertere Investitionen gehebelt, die sich auf den Erhalt von Korallenriffen konzentrieren.

Sustainable Finance

Durch *Sustainable Finance* werden Nachhaltigkeitsaspekte bei Finanzentscheidungen berücksichtigt und Finanzströme umfassend nachhaltig ausgerichtet. Im Mai 2021 hat die Bundesregierung hierzu die *Deutsche Sustainable Finance-Strategie* mit 26 konkreten Maßnahmen veröffentlicht. Der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit kommt bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung von *Sustainable Finance* auf der globalen und internationalen Ebene eine zentrale Rolle zu.

Auf der multilateralen Ebene engagiert sich das BMZ für *Sustainable Finance* etwa im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft, bei den G20 und auf EU-Ebene (gemeinsam mit den anderen Bundesministerien). Darüber hinaus kooperiert das BMZ mit zahlreichen zentralen internationalen Akteur*innen. Dazu zählen beispielsweise die *United Nations Environment Programme Finance Initiative* (UNEP FI), die *Climate Bonds Initiative*, das *Global Program on Sustainability* der Weltbank oder das *Sustainable Banking and Financing Network* der *International Finance Corporation* (IFC, Weltbankgruppe). In den Partnerländern setzen die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit Projekte um, die dazu beitragen, förderliche Rahmenbedingungen für nachhaltige Finanzierung zu schaffen, bei zentralen Akteur*innen in den Partnerländern Kompetenzen für *Sustainable Finance* aufzubauen, Risikoanalyseinstrumente zu entwickeln oder nachhaltige Finanzprodukte, wie zum Beispiel *Green Bonds* oder andere nachhaltige Kreditprodukte, zu fördern.

Konkrete Sustainable Finance-Aktivitäten des BMZ

Über die GIZ unterstützt das BMZ in Brasilien unter anderem das Wirtschaftsministerium sowie die Zentralbank dabei, die Rahmenbedingungen für grüne Investitionen zu verbessern sowie die Nutzung nachhaltiger Finanzinstrumente und die Bewertung von ökologischen und sozialen Risiken zu stärken. Bei der Kooperation mit der Zentralbank liegt der Fokus dabei insbesondere darauf, die Implementierung von Risikomanagementsystemen zu stärken.

In Vietnam unterstützt das BMZ über die GIZ dabei, die nationale grüne Wachstumsstrategie umzusetzen. Dazu zählen grüne Finanzmarktreformen und Finanzprodukte sowie die Entwicklung einer Taxonomie in Vietnam, aber auch in Indonesien und auf regionaler Ebene (*ASEAN Taxonomy*).³

Über die KfW Entwicklungsbank hat das BMZ beispielsweise den *Latin American Green-Bond Fund* (LAGreen) erstkapitalisiert. LAGreen agiert als Ankerinvestor bei *Green Bond*-Emissionen und hilft somit, am Kapitalmarkt Vertrauen zu schaffen.

³ Eine Taxonomie ist ein Klassifizierungsinstrument, das Aktivitäten von Unternehmen danach einordnet, inwieweit diese zu einem bestimmten, vorab definierten Ziel beitragen – wie beispielsweise dem Klimaschutz. Dies soll aus Sicht der Marktteilnehmer*innen Transparenz schaffen, nachhaltige Investitionen attraktiver machen und Greenwashing verhindern.

Klimafinanzierung

Um das Schwerpunktthema Just Transition weltweit voranzubringen, muss die Umsetzung des Pariser Klimaabkommen auch in den BMZ Partnerländern unterstützt werden. Hierzu leistet die deutsche Entwicklungspolitik mit der Bereitstellung öffentlicher Gelder einen wesentlichen Beitrag. Nur wenn auch Entwicklungs- und Schwellenländer ambitionierte Maßnahmen einleiten, um den Treibhausgasausstoß zu reduzieren und um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen, kann das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, noch erreicht werden.

2020 hat die Bundesregierung etwa 5,09 Milliarden Euro an internationaler Klimafinanzierung auf Basis von Haushaltsmitteln, inklusive der Schenkungsäquivalente aus den KfW-Entwicklungskrediten, zugesagt. Deutschland ist damit international einer der größten Geber für Klimaschutz und -anpassung. Sein Klimafinanzierungsziel für 2020 in Höhe von vier Milliarden Euro auf der Basis von Haushaltsmitteln hat es damit deutlich übertroffen. Das BMZ stellt rund 86 Prozent dieser Mittel. Deutschland nutzt nicht nur Haushaltsmittel zur Klimafinanzierung, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag durch die Mobilisierung von Kapitalmarktmitteln. 2020 hat die KfW Entwicklungsbank gemeinsam mit der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), einer Tochtergesellschaft der KfW, weitere 2,55 Milliarden Euro in Form von Entwicklungs- und Förderkrediten, Beteiligungen und anderen Finanzierungen aus Kapitalmarktmitteln zugesagt. Nicht zuletzt mobilisierte die Bundesregierung durch den Einsatz öffentlicher Mittel auch die private Klimafinanzierung. Sie setzt sich derzeit insbesondere aus revolvingierenden Kreditlinien an lokale (Entwicklungs-)Banken zusammen und aus Beteiligungen an strukturierten Fonds und *Public Private Partnerships* (öffentlich-private Partnerschaften, PPP). 2020 waren dies allein über die DEG und KfW Mittel in Höhe von knapp 192 Millionen Euro.

Im Juni 2021 kündigte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem G7-Gipfel an, dass Deutschland seinen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung bis spätestens 2025 auf jährlich sechs Milliarden Euro erhöhen werde. Dieses Ziel wurde vom amtierenden Bundeskanzler Scholz während des Petersberger Klimadialogs im Juli 2022 bestätigt. Zudem hat sich Deutschland auf dem G7-Gipfel 2022 neben einer Erhöhung der Finanzierung für Naturerhalt bis 2025 auch dazu verpflichtet, die Synergien zwischen Klima- und Biodiversitätsfinanzierung zu verstärken.

Darüber hinaus setzt sich Deutschland dafür ein, dass auch die Multilateralen Entwicklungsbanken (*Multilateral Development Banks*, MDBs) ihr Portfolio sowie ihre internen Aktivitäten an den Zielen des Pariser Klimaabkommens ausrichten.

3. Schwerpunkte und Leuchttürme in der Umsetzung der Agenda 2030

Die vier Schwerpunktthemen (1) COVID-19 Pandemie und ihre Folgen, (2) Armut und Hunger, (3) Just Transition und (4) Feministische Entwicklungspolitik setzen für das BMZ den Handlungsrahmen zur Umsetzung der *Agenda 2030*. In den Leuchttürmen der deutschen Entwicklungspolitik haben die vier Schwerpunkte in der Vergangenheit inhaltlich bereits eine prominente Rolle eingenommen. Als Stellschrauben für eine nachhaltige Entwicklung und erfolgreiche Transformationspolitik sind sie auch für Kern- und Initiativthemen handlungsleitend.

3.1. Umsetzung der Kernthemen

3.1.1. Leben ohne Hunger – Transformation der Ernährungssysteme

Das Recht auf sichere, ausreichende und ausgewogene Ernährung für alle setzt resiliente, ökologische, ökonomische und sozial nachhaltig aufgestellte Ernährungssysteme voraus. Klimaschutz und der Erhalt natürlicher Ressourcen (Boden, Wasser, Biodiversität) sind wesentliche Faktoren für funktionierende Agrar- und Ernährungssysteme. Gemeinsam mit Partner*innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatwirtschaft arbeitet das BMZ im Kernthema „Leben ohne Hunger – Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ daran, ein Leben ohne Hunger unter Berücksichtigung der planetaren Grenzen zu verwirklichen. Für dieses Engagement werden die wissenschaftlich gestützten Ergebnisse und Erfahrungen der Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger (SEWOH) als Grundlage genutzt.



Ursachen von Hunger

Seit 2014 steigen die Hungerzahlen weltweit wieder an. Zu den Ursachen zählen Konflikte, Bürgerkriege sowie die Folgen des Klimawandels, etwa in Form von Ernteausfällen durch Dürren oder Überschwemmungen. Die Corona-Pandemie und weltweite Krisen, unter anderem in der Ukraine, verschärfen die Lage. Ausgangs- und Handelsbeschränkungen führen zu Versorgungs- und Produktionsproblemen sowie zu höheren Lebensmittelpreisen.

Konkrete Beiträge und Erfolge des BMZ

Seit 2015 investiert das BMZ jährlich mehr als 1,5 Milliarden Euro in Ernährungssicherung, Agrarwirtschaft und ländliche Entwicklung. Das ist doppelt so viel wie 2013 und unterstreicht die Verantwortung, die Deutschland für die globale Ernährungssicherheit übernimmt. Um die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine auf die globale Ernährungssicherheit abzufedern, stellte das BMZ zusätzliche 880 Mio. Euro zur Verfügung. Zudem beschlossen die G7-Entwicklungsminister*innen unter deutschem Vorsitz, unterstützt von der Weltbank, ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit als agile Koordinierungsplattform.

Alle Maßnahmen zahlen auf das Ziel ein, bis 2030 ein Leben ohne Hunger zu ermöglichen (SDG 2). Das bedeutet ausreichende, gesunde und ausgewogene Ernährung für alle Menschen sowie nachhaltigere Produktion und höhere Einkommen für Kleinbäuerinnen und -bauern.

Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, hat die Bundesregierung von Anfang an ihre Aktivitäten in globale Prozesse integriert. 2015 nutzte das BMZ die deutsche G7-Präsidentschaft, um es als gemeinsames Ziel der G7-Staaten zu verankern, 500 Millionen Menschen bis 2030 aus Hunger und Mangel-



nahrung zu führen. 2017 wurde die G20-Initiative für Jugendbeschäftigung im ländlichen Raum lanciert. Bis 2022 sollen fünf Millionen Jugendliche von Ausbildungsprogrammen profitieren und eine Million Arbeitsplätze entstehen. 2017 wurde es auf EU-Ebene verpflichtend als priorisierte Verantwortung in den europäischen Entwicklungskonsens aufgenommen, den Ernährungsstatus zu verbessern. 2020 hat das BMZ umfassende **Forschungsergebnisse** präsentiert, um die Höhe der nötigen Investitionen und die effektivsten Maßnahmen zur Hungerbekämpfung aufzuzeigen. Bis 2022 wurden mit der SEWOH rund 9,5 Millionen Menschen – insbesondere Frauen und Kinder – besser ernährt, 3,6 Millionen aus- oder weitergebildet und die Resilienz von über drei Millionen Menschen erhöht. Zudem konnten zwei Millionen Hektar degradierter Böden und Wälder wiederhergestellt und rund drei Millionen kleinbäuerliche Haushalte im Bereich Beschäftigung und Einkommen unterstützt werden.

Ernährungssicherung – weit mehr als Nahrungsmittelproduktion

Unterstützt vom BMZ wurden über 3.000 Sozialarbeiter*innen in zwei Distrikten des indischen Bundesstaats Madhya Pradesh darin ausgebildet, ernährungs- und hygienerelevantes Wissen weiterzugeben. Von steigender Ernährungsvielfalt profitierten bisher 144.000 Frauen und 30.000 Kleinkinder.

20 Frauen-Selbsthilfegruppen legten in einem Pilotprojekt 20 ganzjährig bewirtschaftete Gemeinschaftsgärten an, die auch während der COVID-19-Pandemie erfolgreich genutzt wurden. Durch eine bessere Verfügbarkeit gesunder Nahrungsmittel, durch bezahlte Arbeit in den Gemeinschaftsgärten und den Verkauf von überschüssigem Gemüse wurden für Frauen zusätzliche Einkommensquellen geschaffen. Die Zahl der Gärten wird in den kommenden Jahren von 20 auf bis zu 500 erhöht.



Ein Landwirt jätet Unkraut in einem Landwirtschaftsprojekt in Malawi.

Innovationen schneller aufs Feld bringen

Damit Kleinbäuerinnen und -bauern Herausforderungen wie den Folgen des Klimawandels, der zunehmenden Ressourcenverknappung und Ernteverlusten besser begegnen können, brauchen sie neue und innovative Technologien. Sie benötigen verbesserte Pflanzensorten und das Wissen um landwirtschaftliche Anbaupraktiken. Deshalb kooperiert die SEWOH mit 15 Agrarforschungszentren der Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung (*Consultative Group on International Agricultural Research, CGIAR*).

Das *African Rice Center* entwickelte in Nigeria, Burkina Faso und Mali die *RiceAdvice App*, um Bäuerinnen und Bauern bei der Betriebsführung zu unterstützen. Die Verbreitung erfolgte durch die Grünen Innovationszentren und die *Competitive African Rice Initiative (CARI)*. So wurden signifikante Ertragssteigerungen von bis zu 38 Prozent erreicht. Insgesamt profitierten bisher rund 72.000 Menschen direkt und indirekt von dieser App.

3.1.2. Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen

Eine intakte Natur ist die Lebensgrundlage aller Menschen. Unseren Ökosystemen verdanken wir sauberes Wasser, reine Luft, gesunde Nahrung und vieles mehr. Etwa 80 Prozent der Ziele für nachhaltige Entwicklung können nur durch den Erhalt der weltweiten Biodiversität erreicht werden.

Der Verlust und die Degradierung von Ökosystemen sowie eine geringere Verfügbarkeit und schlechtere Qualität von Wasser sind eng mit dem Klimawandel verknüpft. Sie gehören zu den größten Herausforderungen der Menschheit. Transformativer Wandel ist notwendig, um den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten und unsere natürlichen Ressourcen zu schützen und zu erhalten.



Maßnahmen zum Schutz, Erhalt und zur Wiederherstellung der Biodiversität und Tropenwälder

Das BMZ unterstützt Partnerländer bei wirksamen Maßnahmen für den Schutz, die nachhaltige Nutzung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt. Ziel ist es, den Verlust von Biodiversität und Wäldern aufzuhalten und umzukehren. Dafür setzt sich das BMZ für verbesserte Rahmenbedingungen ein, z. B. bei der 15. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt im Jahr 2022. Auf der Konferenz soll über einen ambitionierten und umsetzungsorientierten neuen globalen Rahmen für Biodiversität verhandelt werden. Dabei unterstützt das BMZ unter anderem das Ziel, bis 2030 je 30 Prozent der weltweiten Landes- und Meeresfläche unter Schutz zu stellen. Zudem setzt sich das BMZ dafür ein, die Ende 2021 vereinbarte *Glasgow Leaders' Declaration on Forests and Land Use* umzusetzen. Mit ihr hatten sich über 140 Staaten dazu verpflichtet, bis 2030 die weltweite Entwaldung zu stoppen und umzukehren.

Der entwicklungsorientierte und am Menschen ausgerichtete Ansatz des BMZ stellt sicher, dass an diesen Maßnahmen die betroffenen indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften angemessen beteiligt und nachhaltige Nutzungspraktiken sowie eine gerechte Nutzungsverteilung gefördert werden. Naturbasierte Lösungen, die dem Biodiversitätserhalt (SDG 14 und 15), Klimaschutz und -anpassung (SDG 13) sowie weiteren SDGs dienen, gewinnen an Bedeutung.

Erfolge und Meilensteine

Deutschland zählt weltweit zu den größten Gebern beim Biodiversitäts- und Walderhalt. Mehr als 90 Partnerländer unterstützt das BMZ dabei, ihre Biodiversitätsziele zu erreichen. In den letzten Jahren hat das BMZ kontinuierlich seine erbrachten finanziellen Beiträge erhöht, um die internationalen Ziele umzusetzen (2020: 650 Millionen Euro).

Daneben leistet das BMZ finanzielle Beiträge zu multilateralen Organisationen, beispielsweise zum Umweltfonds der *Global Environment Facility*, der Weltbank, dem Grünen Klimafonds (*Green Climate Fund*) und dem *Climate Investment Fund* (siehe auch Kapitel 2.4 „Finanzierung als Hebel“). Mit REDD+ (*Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation*) werden beispielsweise die Klimaschutzwirkung von Wäldern gefördert und konkrete Anreize für Waldschutz geschaffen.

REDD+ Early Movers Programm

Das REDD+ Early Movers Programm (REM) wurde 2011 vom BMZ ins Leben gerufen. Es soll Pioniere im Waldschutz und in der Bekämpfung des Klimawandels belohnen. Im Mittelpunkt stehen ergebnisbasierte Zahlungen für die Reduktion von Entwaldung und das Erreichen politischer Meilensteine auf dem Weg dazu und zur Teilnahme an neuen Kohlenstoffmärkten. Bis Ende 2021 konnte REM mit Geldern des BMZ und BMUV sowie aus Großbritannien und Norwegen in Kolumbien, Brasilien und Ecuador dazu beitragen, dass 74 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen eingespart wurden. Zu über 50 Prozent gingen die Gelder an indigene und lokale Gemeinden für klimafreundliche Entwicklungsprojekte.



Nutzung von Biodiversität und Ökosystemleistungen der Wälder in Vietnam (Programm des BMZ in Zusammenarbeit mit GIZ)

Allein über die Finanzielle und Technische Zusammenarbeit unterstützt das BMZ den Schutz von über 650 terrestrischen und marinen Schutzgebieten auf einer Fläche von insgesamt über zwei Millionen Quadratkilometern – einer Fläche, die sechsmal so groß ist wie Deutschland.

Um der Entwaldung entgegenzuwirken, unterstützt das BMZ Reformprozesse in Partnerländern. Sie umfassen Maßnahmen gegen illegalen Holzhandel, die Stärkung von Landrechten indigener Bevölkerungsgruppen sowie die Förderung entwaldungsfreier Lieferketten für Agrarprodukte. Das BMZ unterstützt sowohl das Sekretariat als auch mehrere Partnerländer der AFR100 Initiative (*African Forest Landscape Restoration Initiative*). Ziel dieser Initiative und ihrer 32 Partnerländer ist es, bis 2030 128 Millionen Hektar wiederherzustellen.

Weltweit nimmt das BMZ auch bei der Bekämpfung von Wilderei und des illegalen Handels mit Wildtieren und -produkten eine führende Rolle ein. BMZ und BMUV tragen mit der Partnerschaft gegen Wildtierkriminalität dazu bei, Wilderei in Afrika und illegalen internationalen Handel einzudämmen und die Nachfrage in Asien zu verringern.

KAZA: Naturschutz über alle Grenzen hinweg

Im südlichen Afrika ist eines der größten Naturschutzgebiete der Welt entstanden. 36 einzelne Schutzgebiete und Nationalparks in Angola, Sambia, Simbabwe, Botswana und Namibia wurden zur *Kavango Zambezi Transfrontier Conservation Area* (KAZA TFCA) verbunden. Mit rund 520.000 Quadratkilometern ist das Schutzgebiet größer als Spanien (506.000 Quadratkilometer). Neben dem Erhalt der Biodiversität dient es auch dazu, für die lokale Bevölkerung Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Dies erfolgt beispielsweise durch die Förderung eines Naturtourismus, der Arbeitsplätze und Einkommen generiert. Durch den Tourismus wird es attraktiver, die Tiere zu schützen, anstatt sie zu jagen.

Im Auftrag des BMZ, das mit 35,5 Millionen Euro der größte Geldgeber ist, begleitet die KfW Entwicklungsbank den Aufbau von KAZA. Das BMZ stellte im Zuge der COVID-19-Pandemie und des damit verbundenen Einbruchs des Tourismus weitere neun Millionen Euro zur Verfügung. So sollen der Betrieb der Parks im Schutzgebiet und die soziale Sicherung der lokalen Bevölkerung unterstützt werden.

Maßnahmen zur nachhaltigen Bewirtschaftung und Verfügbarkeit von Wasser und Sanitärversorgung (SDG 6)

Die Verfügbarkeit von sicherer Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung (WASH) sowie nachhaltiges und klimaresilientes Ressourcenmanagement sind ein Schlüssel, um die Ziele der *Agenda 2030* und weiterer globaler Entwicklungsagenden zu erreichen.

Das BMZ unterstützt daher seine Partnerländer bei der Umsetzung von SDG 6. Es orientiert sich am Menschenrecht auf Trinkwasser- und Sanitärversorgung sowie am LNOB-Prinzip der *Agenda 2030*. Diese Unterstützung erfolgt durch den Auf- und Ausbau sowie den nachhaltigen Betrieb von resilienter Wasser- und Abwasserinfrastruktur, den Schutz von Süßwasserressourcen sowie die Stärkung institutioneller Rahmenbedingungen und Kapazitäten auf allen Ebenen.

Das BMZ unterstützt integriertes und klimasensibles Wasserressourcenmanagement, den Erhalt und die Regeneration von Feuchtgebieten und fördert die Gesundheit von Menschen, Tieren und Ökosystemen (*One Health*). Sektorübergreifende Ansätze, auch grenzüberschreitend, wie der Wasser-Energie-Ernährungssicherheits-Nexus tragen zu Frieden, Sicherheit und Stabilität bei.

Auf internationaler Ebene betreibt das BMZ Agenda-Setting zu SDG 6. So unterstützt es etwa das globale SDG-6-Monitoring (*UN-Water*) sowie den Vorbereitungsprozess zur VN-Wasserkonferenz 2023. Das BMZ fördert die Stärkung der strategischen Zusammenarbeit mit der EU im Wassersektor.

Mit Entwicklungsleistungen in Höhe von jährlich durchschnittlich über 720 Millionen Euro zählt Deutschland weltweit zu den drei größten bilateralen Gebern im Wassersektor. Davon beträgt der jährliche BMZ-Anteil durchschnittlich 425 Millionen Euro (knapp 60 Prozent). Das BMZ engagiert sich im Wassersektor in über 50 Ländern, vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern (*Least Developed Countries*, LDCs). Der Schwerpunkt liegt auf der MENA-Region (*Middle East and North Africa* (Nahost und Nordafrika)) und auf Subsahara-Afrika.

Seit 2019 haben durch die BMZ-Maßnahmen weltweit etwa 25 Millionen Menschen eine verbesserte Trinkwasserversorgung und knapp zehn Millionen Menschen eine verbesserte Sanitärversorgung erhalten. Dieses Engagement ist in der DNS als Ziel verankert: Bis 2030 sollen weltweit jährlich sechs Millionen Menschen mit deutscher Unterstützung Zugang zu Trinkwasserversorgung und vier Millionen Menschen zu Sanitärversorgung erhalten.

Nachhaltige Wasserversorgung in Ostafrika

Wasser stärkt die Resilienz von Geflüchteten, Binnenvertriebenen und von den sie aufnehmenden Gemeinden: Das von der KfW mit BMZ-Mitteln finanzierte Vorhaben fördert eine nachhaltige und integrierte Wasserversorgung in Uganda. So baut die deutsche EZ Trinkwassersysteme mit Speicherkapazitäten, Verteilungsleitungen und Zapfstellen auf. Zudem werden Maßnahmen zur Verbesserung der Hygiene gefördert. Durch die Installation von insgesamt 60 Handwaschanlagen (WASHaLOT) wurde die Hygienesituation für über 210.000 Flüchtlinge und über 225.000 Bewohner*innen in Aufnahmegemeinden verbessert (Stand: August 2021).

3.1.3. Klima und Energie, Just Transition

Neben der *Agenda 2030* ist das Pariser Klimaabkommen für die deutsche Entwicklungspolitik handlungsleitend. Das BMZ unterstützt die notwendige Transformation, um die *Agenda 2030* mit ihren SDGs und das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Andernfalls drohen bereits erzielte Entwicklungserfolge verloren zu gehen. Eine klimaneutrale sowie klimaresiliente Entwicklung schafft gleichzeitig viele Chancen für Gesundheit, Beschäftigung und Wohlstand.

Die Transformation unserer Lebensweise darf nicht auf Kosten der ärmsten und vulnerabelsten Gruppen in der Gesellschaft vollzogen werden. Den Wandel müssen wir im Sinne einer *Just Transition* sozial gerecht und inklusiv gestalten. Eine besondere Rolle spielt dabei die Schaffung guter, klimagerechter Beschäftigung und leistungsfähiger

ger sozialer Sicherungssysteme sowie die Anpassung an den Klimawandel.

In seinem Kernthema „Klima und Energie, Just Transition“ konzentriert sich das BMZ auf die drei Aktionsfelder „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“, „Erneuerbare Energie und Energieeffizienz“ sowie „Nachhaltige Stadtentwicklung“.

Umfassende bi- und multilaterale Unterstützung leistet das BMZ in Form von Finanzierungen, Beratungen und indem es Know-how für Klimaschutz und -anpassung zur Verfügung stellt.



Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Deutschland erkennt als Vorreiter in der Klima- und Anpassungsfinanzierung den Unterstützungsbedarf der Entwicklungsländer an: rund 40 Prozent der Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln gehen in Anpassungsvorhaben. Davon ist ein Großteil in Afrika (siehe auch Kapitel 2.4 „Finanzierung als Hebel“).

Um das Pariser Klimaabkommen koordiniert umzusetzen, initiierte das BMZ 2016 in Zusammenarbeit mit dem BMUV und weiteren Partnern die globale *NDC-Partnerschaft* (*Nationally Determined Contributions* (Nationale Klimabeiträge) *Partnership*, NDCP). Sie unterstützt ihre Mitglieder dabei, ihre jeweiligen Beiträge für mehr Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln. Deutschland (BMZ und BMUV) leistet mit bisher mehr als 500 Millionen Euro als größter Geber einen wichtigen Beitrag. So wurden beispielsweise NDCP-Berater*innen in 34 Mitgliedsländer entsandt. Sie sollten vor Ort dabei unterstützen, klimasensible und nachhaltige Konjunkturpakete zu erstellen. 63 unterstützte Länder konnten bereits ein ambitionierteres NDC einreichen.

Zugleich unterstützt Deutschland Entwicklungsländer im Umgang mit den jetzt schon eintretenden negativen Folgen des Klimawandels. Gemeinsam haben die G7 Staats- und Regierungschefs dieses Jahr entschieden, einen „globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken“ zu schaffen, der arme

und vulnerable Menschen und Länder besser gegen wachsende Klimarisiken absichert. Damit macht die Bundesregierung gemeinsam mit den G7-Partnern den Entwicklungsländern ein konkretes Angebot für mehr Unterstützung im Umgang mit Verlusten und Schäden durch den Klimawandel. Der Schutzschirm baut auf der vom BMZ initiierten *InsuResilience Global Partnership* auf, die die deutsche Entwicklungspolitik bisher mit rund 800 Millionen Euro unterstützt hat. Allein im Jahr 2021 hat die Initiative rund 150 Millionen arme und vulnerable Menschen in mehr als 100 Ländern gegen Klima- und Katastrophenrisiken abgesichert.

Klimarisikoanalyse und -profile in Subsahara-Afrika

Häufig fehlt es auf lokaler Ebene an zuverlässigen Daten und Analysen über die zu erwartenden Auswirkungen und Kosten des Klimawandels. Gleiches gilt für konkrete Handlungsempfehlungen. Diese Informationen sind aber vor allem in einzelnen Sektoren wie der stark wetterabhängigen Landwirtschaft wichtig.

Um nationale Anpassungsstrategien auf solide Datengrundlagen stützen zu können, unterstützt das BMZ seit 2018 das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) dabei, umfassende Klimarisikoanalysen zu erstellen. Im Rahmen des Projekts *AGRICA – Climate risk analyses for identifying and weighing adaptation strategies in sub-Saharan Africa* konnten solche bereits in Äthiopien, Burkina Faso, Ghana und Niger durchgeführt werden.

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Energiebezogene Emissionen sind für den Ausstoß von knapp drei Viertel aller globalen Treibhausgase verantwortlich. Daher ist Energie einer der größten Förderbereiche der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. 2020 beliefen sich die Zusagen der KfW im Energiesektor auf 1,45 Milliarden Euro. 1,18 Milliarden Euro hiervon entfallen auf Beauftragungen durch das BMZ. Im Bereich der Technischen Zusammenarbeit beläuft sich das Gesamtvolumen der vom BMZ beauftragten laufenden Energieprojekte aktuell auf rund 668 Millionen Euro.

Energiewende Südafrika

Obwohl Südafrika erneuerbare Energien ausgebaut hat, basiert die Stromversorgung größtenteils auf Kohle (85 Prozent). Das BMZ unterstützt seine südafrikanischen Partner bei der sozial gerechten Umsetzung der Energiewende, beispielsweise durch die Förderung des Ausbaus des Stromnetzes, um den Anschluss neuer Wind- und Solarkraftwerke zu ermöglichen. Allein 2020 reduzierten diese die CO₂-Emissionen Südafrikas um über 11 Millionen Tonnen.

2021 verkündete Südafrika auf der Klimavertragsstaatenkonferenz (COP 26), dass es sich für 2030 neue Klimaziele gesetzt hat und den Umstieg von Kohle auf erneuerbare Energien massiv beschleunigen wird. Dies war möglich, da Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die USA und die EU dafür im Rahmen einer Just Energy Transition Partnership (JETP) 8,5 Milliarden Dollar mobilisieren. Das BMZ wird solche *Klima- und Entwicklungspartnerschaften* in weiteren Ländern unterstützen.

Im Energiebereich liegt ein Schwerpunkt auf dem afrikanischen Kontinent mit seinem rasant wachsenden Energiebedarf und seinem großen Potenzial für eine Energiewende. Unterstützt wird die Energiewende in diesen Ländern auch durch Initiativen wie der *Africa Green Baseload Facility* des *Sustainable Energy Fund for Africa* (SEFA). Dieser wird von der Afrikanischen Entwicklungsbank (*African Development Bank*, AfDB) verwaltet und stellt Finanzierungen für Projekte bereit, die erneuerbare Energien und Energieeffizienz fördern. Das BMZ ist mit Zusagen in Höhe von insgesamt 150 Millionen Euro einer der größten Geber des SEFA.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Urbanisierung ist neben Klimawandel und Digitalisierung einer der prägenden Megatrends des 21. Jahrhunderts. Einerseits tragen Städte maßgeblich zum globalen Klimawandel bei, andererseits sind sie aufgrund ihrer Lage auch besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels. Sie bieten als Orte wirtschaftlichen Aufschwungs und der Transformation ein enormes Lösungspotenzial.

Um Städte nachhaltig, klimaneutral, resilient und lebenswert zu gestalten, verfolgt das BMZ einen Ansatz integrierter Stadtentwicklung. Dieser Ansatz soll zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel beitragen und helfen, die *Agenda 2030* umzusetzen. Die städtischen Schlüsselsektoren Mobilität, Bauen, Kreislaufwirtschaft und Siedlungswasserwirtschaft stehen dabei im Fokus.

In den nächsten 30 Jahren muss im Zuge der rasanten Urbanisierung so viel gebaut werden wie in den letzten 3.000 Jahren. Der notwendige Wandel im Bausektor verlangt nachhaltige Lösungen auf der nationalen, der Quartiers- und auf der Gebäudeebene. Im Sinne einer globalen Bauwende fokussiert sich das BMZ auf eine Revolution des gesamten Gebäudelebenszyklus: Herstellung der Baustoffe, dem Transport, Bau, Betrieb und Rückbau des Gebäudes.

Die jährliche globale Finanzierungslücke für städtische Infrastruktur wird auf eine Billion US-Dollar geschätzt. Oft fehlen Städten die Kapazitäten, kreditwürdige Infrastrukturprojekte vorzubereiten. Zusammen mit internationalen Partnern unterstützt das BMZ deswegen die Vorbereitung von nachhaltigen und städtischen Infrastrukturprojekten. Der *City Climate Finance Gap Fund* unterstützt Städte als *One-Stop-Shop* in den ersten Phasen der Projektplanung. Die *C40 Climate Finance Facility* (CFF) hingegen unterstützt Städte dabei, Infrastrukturprojekte bis zur Finanzierungsreife zu bringen.



Solarpanels auf dem Dach einer Universität in Kenia

Inklusive und nachhaltige Stadtentwicklung in Namibia

Fast 40 Prozent der Menschen in Namibia wohnen in informellen Siedlungen, die nur minimalen Zugang zu einer Grundversorgung und oft keine anerkannten Landrechte haben. Um die Potenziale von informellen Siedlungen zu nutzen, unterstützt das BMZ deren Aufwertung. Dabei sollen die Top-down-Ansätze der nationalen Ebene an die lokalen Bedarfe angepasst und die kommunale Ebene gestärkt werden.

In Kooperation mit lokalen Nichtregierungsorganisationen werden die Bewohner*innen bestärkt, Spargruppen zu bilden, damit sie Finanzmittel für den Landankauf oder den Häuserbau aufbringen können. Mit geringsten Mitteln, gut funktionierenden Netzwerken, lokalen Handwerker*innen und viel Eigenarbeit entstehen so günstige Unterkünfte.

3.1.4. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Ausbildung und Beschäftigung

Ausbildung und nachhaltiges Wachstum für gute Jobs ist das erklärte Ziel in der Entwicklungszusammenarbeit mit 41 der 61 Partnerländer im globalen Süden (Stand 2021). Eine ökologische, soziale und wirtschaftliche Transformation ist notwendig, um die Ziele der *Agenda 2030* sowie das Pariser Klimaabkommen zu erreichen. Hier ist die Wirtschaft gefordert: Denn neun von zehn Arbeitsplätzen in der Entwicklungszusammenarbeit werden durch den Privatsektor geschaffen. Die privaten Investitionen sind dreimal höher als die staatliche Entwicklungshilfe. Die staatliche Zusammenarbeit baut darauf, Unternehmen und die verfasste Wirtschaft zu mobilisieren, um zu Klimaschutz, digitaler Transformation und Armutsreduktion beizutragen. Das BMZ unterstützt Partnerländer, die ihre Wirtschaftspolitik auf solche Transformationen hin ausrichten. Daher baut das Kernthema „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Ausbildung und Beschäftigung“ auf diesen drei Säulen auf: Berufliche Bildung, Privatsektor- und Finanzsystementwicklung sowie sozial-ökologische Lieferketten, Handel und nachhaltige Infrastruktur. Menschenwürdige Arbeit ist dabei ein zentraler Baustein für würdige Lebensbedingungen und eine chancenreiche Zukunft für alle Menschen.



Berufliche Bildung: Investition in Zukunftsperspektiven für den Einzelnen und für Wirtschaft und Gesellschaft

Inklusive, gleichberechtigte und qualitativ hochwertige Bildung (SDG 4) ist ein Menschenrecht und trägt entscheidend dazu bei, alle SDGs zu erreichen. Bildung dient der vollen Entfaltung der Persönlichkeit. Sie befähigt Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und eine freie Gesellschaft und prosperierende Wirtschaft mit zu entwickeln. Verbesserte Beschäftigungsfähigkeit erhöht die Teilnahmekancen an einem jobreichen Wachstum. Daher fördert das BMZ unter anderem die berufliche Qualifizierung von Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern. Im Auftrag des BMZ wurden 2021 rund 63.500 Frauen im Bereich Technische Zusammenarbeit und 16.500 im Bereich Finanzielle Zusammenarbeit in Berufsbildungsmaßnahmen gefördert. So wird dazu beigetragen, SDG 5 (Geschlechtergerechtigkeit) zu erreichen.

Mädchenbildung – Support Her Education (SHE)

Die Auswirkungen von Krisen wie extremen Wetterereignissen, gewaltsamen Konflikten oder Pandemien wirken sich besonders negativ auf die Bildung von Mädchen aus. Durch die Corona-Pandemie sind weitere 20 Millionen Mädchen davon bedroht, den Zugang zu Sekundarbildung dauerhaft zu verlieren. Sie sind besonders den Risiken von Armut, Frühverheiratung, Teenagerschwangerschaften und geschlechterspezifischer Gewalt ausgesetzt.

Im Mai 2021 hat das BMZ die Initiative *SHE – Support Her Education* ins Leben gerufen, um Mädchenbildung zu fördern. Von 2021-2024 investiert das BMZ dafür rund 100 Millionen Euro im Rahmen der Globalen Bildungspartnerschaft.

Zusammen mit dem Engagement deutscher Unternehmen im Ausland leistet die deutsche internationale Zusammenarbeit außerdem einen wichtigen Beitrag, um höher qualifizierte Fachkräfte auszubilden, die die lokale Wirtschaft der Partnerländer stützen.

Privatsektor- und Finanzsystementwicklung

Nachhaltiges Wachstum gelingt nur mit stabilen Finanzsystemen. Deren Leistungen, wie etwa der Zugang zu Bankkonten und Krediten, müssen allen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen. Das BMZ verbessert beispielsweise die Bedingungen für Kund*innen, die Mobilfunk im ländlichen Raum Afrikas erfolgreich für bargeldlose Bezahlung einsetzen.

Seit 2017 hat das BMZ in Afrika zudem mit der *Make-IT-Initiative* (Schaff es mit *Information Technology*) 468 Tech-Startups aus 26 Ländern unterstützt. Das Ergebnis sind Investitionen von 100 Millionen Euro und über 4.000 neue Jobs (SDG 8 und 9).

2020 bis 2021 unterstützte die Sonderinitiative *Ausbildung und Beschäftigung* mit Beratungs- und Finanzierungsleistungen über 3.700 afrikanische Unternehmen mit 150.000 Beschäftigten, um deren Arbeitsplätze vor den Folgen der Pandemie zu schützen. Mit diesen Anstrengungen sollten die negativen Einflüsse der Pandemie auf die Erreichung von SDG 8 begrenzt werden (Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit). Mithilfe eines weiteren BMZ-Instruments erhalten solide Unternehmen Überbrückungskredite. In der Corona-Krise 2020-2021 stabilisierte das Finanzierungsinstrument *AfricaConnect* Klein- und Mittelunternehmen mit Liquiditätsfinanzierungen und konnte so 4.000 Arbeitsplätze erhalten.

Die Finanzierung von unternehmerischem Handeln ist ein weiterer Baustein für den Erfolg des Privatsektors und Schwerpunkt in 34 von 61 Partnerländern. Beispielsweise stärkt die Deutsch-Tunesische Investitionspartnerschaft die nationale Investitionsförderagentur Tunesiens. So konnte diese zwischen 2019 und Oktober 2021 113 Investitionsanträge begleiten. Das Investitionsvolumen betrug umgerechnet etwa zwei Milliarden Euro und barg ein Potenzial von mehr als 36.000 neuen Arbeitsplätzen.

Wachstumschancen für Kleinunternehmen in den Palästinensischen Gebieten

In Palästina bekommen Kleinunternehmen oft nur mit Mühe langfristige Kredite. Um ihnen den Zugang zu erleichtern, bietet das BMZ Unterstützung an. Durch regulatorische Beratung und *Capacity Building* werden für Digitalisierung und spezialisierte Finanzdienstleister – sogenannte FinTech (*Financial Technology*) – bessere Rahmenbedingungen geschaffen.

Zudem werden Bildungsangebote für Klein- und Mittelunternehmen und Start-ups entwickelt. Sie informieren über Unternehmensfinanzierungen oder digitale Finanzdienstleistungen und werben für innovative Angebotslösungen wie *Digital Payments*, *Crowdfunding* und Mikroversicherungen. Auf diese Weise besser informiert, können die Kleinunternehmen Finanzierungen in Anspruch nehmen und ihr Geschäft ausweiten.



Lehrkräfte im Bereich der beruflichen Bildung, die in der Mongolei eine Schulung im Bereich der Industrie erhalten

Sozial-ökologische Lieferketten, Handel und nachhaltige Infrastruktur

Freier und fairer Handel ist ein Motor für nachhaltige Entwicklung. Das BMZ fördert hierzu handelsunterstützende Maßnahmen (*Aid for Trade*) wie die Allianz für Handelserleichterung. Mit ihr werden Zollverfahren vor allem mittels digitaler Lösungen kostengünstiger, schneller und transparenter.

Das BMZ setzt sich mit vielfältigen Maßnahmen für die nachhaltige Transformation globaler Lieferketten ein und trägt dazu bei, zahlreiche SDGs zu erreichen, darunter insbesondere SDG 12 (Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster) und SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit). Mit seinen entwicklungspolitischen Maßnahmen zur Förderung nachhaltiger Lieferketten will das BMZ die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards verbessern sowie menschenwürdige Arbeit und eine höhere Wertschöpfung vor Ort sicherstellen.

Im Juni 2021 hat der Deutsche Bundestag nach jahrelangem Einsatz des BMZ das Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetz verabschiedet. Dieses Gesetz ist ein Meilenstein. Denn erstmals legt Deutschland damit verbindlich fest, was Unternehmen tun müssen, um in globalen Lieferketten die Umwelt zu schützen und international anerkannte Menschenrechte einzuhalten. Das Gesetz ergänzt das vom BMZ unterstützte systematische Zusammenwirken von freiwilligen und verbindlichen sowie nationalen und internationalen Maßnahmen (smart mix). Mit dem *Grünen Knopf* wurde das erste Textilsiegel am Markt etabliert, das unternehmerische Sorgfaltspflichten überprüfbar macht.

Der Grüne Knopf

Der *Grüne Knopf* ist ein staatliches Siegel für nachhaltige Textilien. 2019 wurde er vom BMZ eingeführt, um Verbraucher*innen Orientierung beim Einkauf zu geben. Es ist das erste Siegel, das die unternehmerische Sorgfaltspflicht nach den Leitprinzipien der VN in prüfbare Kriterien überführt hat. Der *Grüne Knopf* ist in seiner Kombination aus Anforderungen an die Lieferkette und an die unternehmerische Sorgfaltspflicht einzigartig. Durch ihn kann der Ansatz zur Sorgfaltspflicht im Textilsektor weiterverbreitet werden. Inzwischen führen über 80 Unternehmen Produkte mit diesem Siegel und 40 Prozent der Bevölkerung kennen es bereits. Das ist zwei Jahre nach der Einführung ein guter Wert. Der *Grüne Knopf* wird auch in der öffentlichen Beschaffung zunehmend zu einer wichtigen Referenz.

3.1.5. Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt zählen zu den Grundvoraussetzungen, um die Ziele der *Agenda 2030* zu erreichen. In vielen Ländern aber sind sie nicht gewährleistet oder sind gefährdet: Gesellschaftliche Polarisierung, Autokratisierung und organisierte Kriminalität nehmen zu. Weltweit gefährden Einschränkungen demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien die Würde, Freiheitsrechte sowie politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe vieler Menschen. Kontinuierlich steigt international die Zahl an Krisen, die durch gewaltsame Konflikte und extreme Naturereignisse ausgelöst werden. Das Kernthema „Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ mitsamt seiner drei Aktionsfelder „Gute Regierungsführung“, „Friedensentwicklung und Krisenprävention“ sowie „Flucht und Migration“ ist deshalb ein zentrales Standbein der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.



Übergeordnete Zielsetzung des Kernthemas

Übergeordnetes Ziel ist es, friedliche und inklusive Gesellschaften zu fördern, allen Menschen Zugang zu Recht und rechtsstaatlicher Justiz zu ermöglichen und hierfür leistungsfähige, rechen-schaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufzubauen (SDG 16).

Nachhaltigen und umfassenden Frieden zu fördern, heißt:

- an erster Stelle, Gewalt und bewaffnete Konflikte zu verhindern (Fokus auf Prävention);
- Gewaltkonflikte und andere Krisen schnell und effektiv zu bewältigen sowie die Resilienz vulnerabler Menschen und lokaler Strukturen zu stärken;
- Frieden nachhaltig abzusichern. Das BMZ fördert die Verwirklichung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, soziale und politische Teilhabe für alle.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt erfordert darüber hinaus auch funktionsfähige und effiziente Verwaltungen.

Umfang unseres Engagements

2021 stellte das BMZ für die EZ im Bereich gute Regierungsführung über 700 Millionen Euro bereit. Sie werden zu rund zwei Dritteln für staatliche bilaterale und multilaterale EZ und zu rund einem Drittel für nichtstaatliche EZ (beispielsweise politische Stiftungen und Kirchen) genutzt. Das Engagement des BMZ richtet sich außerdem darauf, Konfliktursachen und -treiber zu bekämpfen, vor Ort die Fähigkeiten zu stärken, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten oder lokale Friedensprozesse und Initiativen zu unterstützen. Allein 2021 hat das BMZ etwa in entsprechende friedensfördernde und krisenpräventive Maßnahmen rund 2,8 Milliarden Euro investiert.

TruBudget: Transparenz durch Nutzung der Blockchain-Technologie

TruBudget ist eine von der KfW entwickelte digitale Plattform. Sie erlaubt eine bislang nicht darstellbare, transparente und sichere Steuerung von Gebermitteln. Durch Nutzung der Blockchain-Technologie können Arbeits- und Abstimmungsprozesse zwischen Gebern und Partnerorganisationen effizient bearbeitet sowie nachvollziehbar und fälschungssicher dokumentiert werden. Weil sich so die Risiken verringern, können Gebermittel zukünftig über die Partnersysteme abgewickelt werden. Dadurch entfallen aufwendige Parallelstrukturen und Prozesse der Geberharmonisierung. Die Partnerländer können so externe Projektfinanzierungen in ihren eigenen Haushalt integrieren und selbst verwalten. Damit verbessern sich Wirkung, Nachhaltigkeit und Transparenz und Korruptionsmöglichkeiten werden begrenzt. *TruBudget* wird aktuell in fünf Ländern getestet und bereits für die Abwicklung von 16 geberfinanzierten Vorhaben genutzt.



Kinder im Hilfsprojekt „Kinderrepublik Benposta“ für ehemalige Kindersoldaten und misshandelte Kinder in Kolumbien

Stärkung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA)

Das BMZ unterstützt die Afrikanische Union in ihrer Arbeit für Frieden und Sicherheit auf dem Kontinent. Im Zentrum der Zusammenarbeit steht es, die Instrumente der präventiven Diplomatie, der Mediation und des politischen Dialogs zu stärken. Dies geschieht etwa dadurch, dass das afrikaweite Netzwerk weiblicher Mediatorinnen (*FemWise*) ausgebaut oder der Aufbau des kontinentalen Frühwarnsystems (*Continental Early Warning System*, CEWS) gefördert wird (SDG 17). Dieses Frühwarnsystem verschafft dem Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union eine verlässliche Informationsbasis. Instrumente der Konfliktbeilegung und des politischen Dialogs können so gezielt und frühzeitig eingesetzt werden. Durch die Ausbildung von 450 zivilen Expert*innen wurde der Aufbau eines Pools für den flexiblen Einsatz bei afrikanischen Friedensmissionen ermöglicht.

Flucht und Migration

Ende 2021 befanden sich weltweit fast 90 Millionen Menschen auf der Flucht. Nur ein kleiner Teil der Geflüchteten macht sich auf den Weg nach Europa. Etwa 83 Prozent werden von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen aufgenommen, die selbst teilweise erheblichen entwicklungspolitischen Herausforderungen gegenüberstehen. Schätzungen zufolge sind rund 53,2 Millionen Menschen innerhalb ihres Herkunftslandes auf der Flucht. Migration erfolgt entweder im Rahmen internationaler rechtlicher Bestimmungen oder denen eines Ziellandes (reguläre Migration) oder außerhalb eines Rechtsrahmens (irreguläre Migration). Fluchtursachen und die Motive für Migration sind vielfältig und oft eng verflochten: Krieg, Verfolgung, Perspektivlosigkeit und die Suche nach einer besseren Zukunft. Wenn es keine regulären Möglichkeiten gibt, nutzen Flüchtlinge und Migrant*innen meist dieselben irregulären Routen (*mixed migration flows*) und sind denselben Gefahren ausgesetzt.

Anwendung eines 360-Grad-Ansatzes

Das BMZ will den entwicklungspolitischen Herausforderungen von Flucht und den Chancen von Migration umfassend begegnen. Im Einklang mit dem Globalen Migrationspakt, dem Globalen Flüchtlingspakt und entsprechend des Kontextes des jeweiligen Partnerlandes verfolgt das BMZ daher einen entwicklungsorientierten 360-Grad-Ansatz auf Augenhöhe: Ziele sind die Minderung von Ursachen für Flucht und irreguläre Migration; Schutz, Versorgung und die Schaffung von Perspektiven für Flüchtlinge und Binnenvertriebene; die Unterstützung aufnehmender Gemeinden; die Förderung von freiwilliger Rückkehr und die nachhaltige Reintegration. Gleichzeitig nutzen wir das Potenzial von regulärer Migration für nachhaltige Entwicklung. Dies geschieht beispielsweise durch Diasporakooperation, entwicklungspolitische Flankierung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes oder durch die Beratung der Partnerländer bei der entwicklungsorientierten Gestaltung von Migrationspolitik.

Erfolge und Meilensteine

Seit 2014 hat die Sonderinitiative Flucht mehr als 17,5 Millionen Menschen erreicht. Seit 2016 wurden mit der Beschäftigungsoffensive Nahost rund 520.000 Jobs geschaffen. Die strukturbildende Übergangshilfe hat seit 2018 insgesamt 26 Millionen Menschen erreicht. Davon waren 6,4 Millionen Menschen auf der Flucht oder in aufnehmenden Gemeinden. Im Programm *Perspektive Heimat* – künftiges Initiativthema *Migration als Chance* – hatte das BMZ in rund einer Million Maßnahmen Menschen Perspektiven gegeben, ca. 316.600 Menschen fanden Arbeit oder wurden bei der Existenzgründung unterstützt. Seit Mitte 2019 hat das BMZ zudem etwa 13.000 Personen in dem Programm *Migration und Diaspora* zu den Möglichkeiten regulärer Migration und zu den Risiken irregulärer Migration beraten.

Beschäftigungsoffensive Nahost

Die 2016 begonnene Beschäftigungsoffensive Nahost schafft Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und vulnerable Menschen in Aufnahmegemeinden in Jordanien, im Libanon, dem Irak, der Türkei und Syrien. In Jordanien werden z. B. Gehälter von Lehrkräften und Schulpersonal finanziert. Dies geschieht in Kooperation mit dem jordanischen Bildungsministerium über die KfW. Damit wird die Beschulung syrischer Flüchtlingskinder in den Aufnahmegemeinden gefördert und der gemeinsame Unterricht für syrische und jordanische Kinder unterstützt (SDG 4). Durch das Projekt wird aktuell 140.000 syrischen Schulkindern pro Schuljahr ein Bildungszugang ermöglicht. So soll das *No-lost-generation*-Versprechen der internationalen Geber erfüllt werden. Allein im Jahr 2021 wurden die Gehälter von über 7.300 Lehr- und Verwaltungsfachkräften bereitgestellt. Dabei wurden 65 Prozent der geschaffenen Stellen von Frauen besetzt.

3.1.6. Gesundheit, Soziale Sicherung und Bevölkerungspolitik

Die Reduzierung von Armut und Ungleichheit und die Herstellung von Chancengleichheit bilden das Fundament für das Erreichen der *Agenda 2030*. Jedoch liegt die Verwirklichung grundlegender Rechte für viele Menschen noch in weiter Ferne. So hat mindestens die Hälfte der Weltbevölkerung keinen Zugang zu essenziellen Gesundheitsdiensten oder sozialer Sicherung. 2020 wurden schätzungsweise täglich 4.000 Frauen unfreiwillig schwanger, weil sie keinen Zugang zu Verhütungsmitteln hatten.

Das BMZ legt deshalb ein besonderes Augenmerk darauf, das Menschenrecht auf Gesundheit umzusetzen, auf soziale Sicherung sowie auf die Verwirklichung der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung und die Verbesserung der Lebenssituation aller Menschen. Mit dem neuen Kernthema "Gesundheit, Soziale Sicherung und Bevölkerungspolitik" wird das BMZ dieses Engagement in Zukunft weiter verstärken.



Gesundheit, Pandemie und One Health

2021 war Deutschland der weltweit drittgrößte Geber für globale Gesundheit: allein das BMZ stellte rund zwei Milliarden Euro für globale Gesundheit bereit.

Im Bereich Gesundheit fordert und fördert das BMZ die Umsetzung des *One-Health*-Ansatzes. Dieser Ansatz erkennt an, dass die Gesundheit von Mensch, Haus- und Wildtieren sowie der sie umgebenden Ökosysteme eng miteinander verbunden sind und zielt darauf ab, sie ins Gleichgewicht zu bringen. Dafür fördert das BMZ die interdisziplinäre Zusammenarbeit in den Bereichen Schutz natürlicher Ökosysteme sowie Prävention und Früherkennung, Vorsorge, Reaktion und Bekämpfung von Zoonosen und Antibiotikaresistenzen.

Das BMZ setzt sich zudem weltweit dafür ein, die Gesundheitssysteme nachhaltig zu stärken. Ziel ist die Erreichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung, damit alle Menschen, auch in Krisenzeiten, Zugang zu qualitativ angemessenen Gesundheitsdiensten haben, ohne dabei zu verarmen. Das BMZ unterstützt gezielt Maßnahmen, die die digitale Transformation von Gesundheitssystemen vorantreiben und die Nutzung digitaler Technologien etablieren.

Gesundheitssystemstärkung und Epidemieprävention in Sierra Leone

Zwischen 2014 und 2016 wurde Sierra Leone von einer schweren Ebola-Epidemie getroffen, die das fragile Gesundheitswesen fast zum Kollaps brachte. Das Projekt *Gesundheitssystemstärkung und Epidemieprävention* unterstützt Sierra Leone dabei, die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern und Epidemien vorzubeugen. Es fördert mit 9,9 Millionen Euro die Personalentwicklung, etwa bei der Notfallversorgung von Müttern und Neugeborenen, sowie ein verbessertes Management von dezentralisierten Gesundheitsdiensten. Weiterhin soll den Gesundheitsdiensten ein digitales Monitoring-Tool zur Verfügung gestellt und ein grenzüberschreitendes Melde- und Reaktionssystem gemäß dem *One-Health*-Ansatz aufgebaut werden.



Ein Laborant an einem Mikroskop im Gesundheitszentrum. Ngoma, Ruanda

Um dem Ziel „Gesundheit für alle“ näherzukommen, setzt das BMZ seinen Kampf gegen die weltweit schwerwiegendsten Infektionskrankheiten fort. Beispielsweise unterstützt es den *Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria* (GFATM), dem es seit 2002 Mittel in Höhe von 4,42 Milliarden Euro zugesagt hat. Seit 2006 unterstützt das BMZ die Impfallianz Gavi mit insgesamt 1,3 Milliarden Euro.

Durch die COVID-19-Pandemie ging der Fortschritt vieler Länder im Kampf gegen Infektionskrankheiten und bei der Ausweitung des Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen zurück. Darum setzt das BMZ bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie auf einen multilateralen Ansatz. Zwischen 2020 und 2022 unterstützte Deutschland mit knapp 3,3 Milliarden Euro die globale Kooperationsplattform *Access to COVID-19 Tools Accelerator* (ACT-A). Sie dient der Entwicklung und Produktion von COVID-19-Impfstoffen und steht für einen weltweit gerechten Zugang zu diesen. Davon wurden rund 1,43 Milliarden Euro für die globale Impfstoffplattform *Covid-19 Vaccines Global Access* (COVAX) zur Beschaffung und Verteilung von COVID-19-Impfstoffen bereitgestellt. COVAX sieht sich dem Ziel verpflichtet, Länder weltweit bei der Erreichung ihrer Impfziele zu unterstützen. COVAX plant, Impfstoffe für die 91 ärmsten Länder der Welt zur Verfügung zu stellen.

Um zukünftig Epidemien und Pandemien zu verhindern, müssen vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden. Seit 2021 unterstützt das BMZ beispielsweise mit über 530 Millionen Euro den Aufbau einer lokalen Impfstoffproduktion in Afrika. Der Fokus liegt auf der Stärkung der Rahmenbedingungen in Ghana, Senegal, Südafrika und Ruanda.

Klinikpartnerschaften

Das Förderprogramm Klinikpartnerschaften unterstützt zivilgesellschaftliches Engagement. Es fördert weltweit das gemeinsame Lernen von deutschem und internationalem medizinischen Fachpersonal. Ziel ist es, die Qualität der medizinischen Versorgung von Gesundheitseinrichtungen und Hochschulen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu verbessern. Seit Start des Förderprogramms im Jahr 2016 wurden mehr als 16.000 medizinische Fachkräfte in 66 Ländern fortgebildet. Beispielsweise wurde zwischen der medizinischen Fakultät der Universität Halle-Wittenberg und dem Universitätsklinikum Addis Abeba in Äthiopien der Ausbau der Versorgung von Mädchen und Frauen im Bereich Gynäkologie vorangetrieben. Unter anderem wurde eine Fachgesellschaft gegründet, in der gynäkologische Onkolog*innen weitergebildet werden, um weibliche Tumorerkrankungen besser diagnostizieren und behandeln zu können.

Bevölkerungspolitik, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

Die essenziellen Gesundheitsdienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit konnten in vielen Ländern aufgrund der Pandemie nicht aufrechterhalten werden. So wurde der Zugang zu modernen Verhütungsmethoden, Beratungsdienstleistungen und Schwangerschaftsvor- und -nachsorge weltweit unterbrochen. Das BMZ legt daher einen besonderen Fokus darauf, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu stärken.

Das BMZ setzt sich jährlich mit durchschnittlich 100 Millionen Euro in über 20 Partnerländern dafür ein, den Zugang zu betreuten Geburten und zu Familienplanung zu verbessern. Es leistet damit nicht nur einen Beitrag zur Erreichung von SDG 3, sondern auch zu SDG 5 – Geschlechtergleichheit. Zwischen 2019 und 2020 konnten rund acht Millionen Paare durch moderne Verhütungsmittel eine ungeplante Schwangerschaft verhindern. Etwa eine Million Geburten konnten professionell betreut werden. Das multilaterale Engagement mit dem Bevölkerungsfonds der VN (*United Nations Population Fund*, UNFPA), mit der *Global Financing Facility* und *International Planned Parenthood* ergänzt das bilaterale Engagement.

Einsatz für krisenfeste soziale Sicherungssysteme weltweit

Deutschland gilt als Mutterland der sozialen Sicherung. Weltweit unterstützt es den Auf- und Ausbau nachhaltiger, leistungsfähiger sozialer Sicherungssysteme. Um auf die Bedarfe von Menschen reagieren zu können, die zunehmend von klimabedingten und anderen Krisen betroffen sind, setzt das BMZ auf anpassungsfähige soziale Sicherungssysteme, auch in fragilen Kontexten. Diese sichern Menschen systematisch gegen individuelle Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut im Alter, aber auch zunehmend gegen kollektive Risiken wie Pandemien oder Umwelt- und Klimakatastrophen ab. Dabei kooperiert Deutschland eng mit internationalen Organisationen der VN sowie mit der Weltbank und gestaltet die globale Agenda über internationale Allianzen mit.

Das BMZ unterstützt mehr als 30 Länder dabei, soziale Sicherungssysteme auszubauen oder zu finanzieren. So berät das BMZ beispielsweise die indische Regierung beim Aufbau und der Weiterentwicklung einer Krankenversicherung für 500 Millionen von Armut betroffene Menschen. 2020 profitierten 328 Millionen Menschen von laufenden Vorhaben im Bereich der sozialen Sicherung.

Soziale Sicherung in der Sahelzone

Mit einem Beitrag von über 130 Millionen Euro ist Deutschland der größte Geber des *Sahel Adaptive Social Protection Program* (SASPP). Ziel ist es, die Grundsicherungsprogramme in Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal und Tschad zu umfassenden, anpassungsfähigen sozialen Sicherungssystemen weiterzuentwickeln. In Krisensituationen – insbesondere in Klimakrisen – können diese Systeme schnell zusätzliche Unterstützung zu den Menschen bringen.

Bis September 2021 konnten auch mithilfe des SASPP über 4,7 Millionen von der Pandemie betroffene Menschen in Burkina Faso, Mauretanien und Niger mit zusätzlichen Geldtransfers erreicht werden. Bis Anfang 2022 wurden 9,75 Millionen Menschen (1.5 Millionen Haushalte) in den Sozialregistern dieser sechs Länder registriert.

3.2. Initiativthemen

Ergänzend zu den Kernthemen setzt das BMZ mit Initiativthemen über einen bestimmten Zeitraum aktiv und sichtbar entwicklungspolitische Akzente. Diese werden im Folgenden kurz erläutert.

3.2.1. Feministische Entwicklungspolitik (SDGs 5, 17)

Eine feministische Entwicklungspolitik wird von der Erkenntnis geleitet, dass soziale Ungleichheiten – allem voran Geschlechterungleichheiten – das Ergebnis diskriminierender Machtstrukturen sind.

Alle Menschen sollen gleichberechtigt am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können – unabhängig von Geschlecht, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Ethnizität, Migrationsstatus, einer möglichen Behinderung oder anderer Identitätsmerkmale. Nur so ist eine gerechte Gesellschaft zu erreichen. Deshalb will das BMZ mit einem menschenrechtsbasierten, intersektionalen, inklusiven und gendertransformativen Ansatz dazu beitragen, diese diskriminierenden Strukturen zu überwinden.

Handlungsleitend für eine feministische Entwicklungspolitik sind die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen, die gleichberechtigte Beteiligung an Entscheidungen auf allen Ebenen (Repräsentanz) und der gleichberechtigte Zugang zu Ressourcen (Finanzierung, Land, Gesundheitsversorgung etc.).



3.2.2. Trendwende Armut und Ungleichheit (inkl. Just Transition) (SDGs 1, 10)

Im Fokus des Initiativthemas stehen die nachhaltige Reduzierung von Armut (SDG 1) und Ungleichheit (SDG 10) und die Ermöglichung menschenwürdigen Lebens, bei dem niemand zurückgelassen wird (Leave No One Behind). Im Sinne einer „Just Transition“ zielt das Initiativthema darauf ab, bei der globalen Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft Kosten und Nutzen sozial gerecht zu verteilen. Transformationsprozesse sollen sozialverträglich und inklusiv ausgestaltet werden. Das Initiativthema verfolgt einen breiten, sektorübergreifenden Ansatz, um gezielt die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit über alle Kernthemen und Aktionsfelder hinweg adressieren zu können. Dadurch leistet das BMZ auf allen Ebenen einen substantziellen und nachhaltigen Beitrag zur Reduzierung von Armut und Ungleichheit, um der erneut weltweit steigenden Armut und zunehmenden Ungleichheit entgegenzuwirken.



3.2.3. Digitalisierung und Daten (alle SDGs)

Die digitale Transformation ist eine historische Chance für die Überwindung von Ungleichheiten. Entwicklungs- und Schwellenländer können von diesen Veränderungen profitieren: Digitale Technologien bieten z. B. große Potenziale für die Förderung des Zugangs zu Bildung und Gesundheitsdienstleistungen. Weiter trägt Digitalisierung zur Energiewende, Einbindung in Lieferketten und Ernährungssicherung und somit zur beschleunigten Erreichung der SDGs bei.

Dennoch haben rund 4 Milliarden Menschen keinen Zugang zum Internet. Das BMZ zielt daher mit dem Initiativthema Digitalisierung darauf ab, diese digitale Kluft zu verringern. Dafür setzt es sich gemeinsam mit europäischen Partnern für eine sozial-ökologisch ausgerichtete digitale

Transformation in Partnerländern ein. Ziel ist es u.a. die globalen Dekarbonisierungsziele zu erreichen, Folgen der Pandemie abzumildern, Hunger und Armut zu bekämpfen und die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern. Mit diesem strategischen Fokus verbessert das BMZ die Verzahnung von interner Verwaltungsmodernisierung, Datenmanagement und der politischen Gestaltung der digitalen Transformation.

3.2.4. Wiederherstellung von Ökosystemen und naturbasierte Lösungen (SDGs 6, 13, 14, 15)

Degradierung und Zerstörung von Ökosystemen schreiten weltweit rasant voran, mit gravierenden sozioökonomischen und ökologischen Folgen. Daher setzt sich das BMZ verstärkt für eine biodiversitätsfreundliche, sozialverträgliche und nachhaltige Wiederherstellung von Ökosystemen ein und leistet damit einen substantziellen Beitrag zur UN-Dekade zur Wiederherstellung von Ökosystemen 2021-2030.

Als naturbasierte Lösungen können Wiederherstellungsmaßnahmen von terrestrischen und marinen Ökosystemen zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zu Klimaschutz und -anpassung, zum Erhalt von Land sowie zur Erreichung weiterer nachhaltiger Entwicklungsziele beitragen. Hierzu gehören beispielsweise Wassersicherheit, Ernährungssicherheit, Gesundheit oder Einkommen und Beschäftigung. Investitionen in die Wiederherstellung von Ökosystemen bieten somit erhebliche sozio-ökonomische Potentiale, insbesondere für vulnerable Gruppen.



3.2.5. Schutz vor Klimarisiken/ Verlusten und Schäden durch den Klimawandel (SDG 13)

Mit diesem Initiativthema wird die Arbeit des BMZ in diesem Bereich gebündelt und verstärkt. Zugleich sollen Querbeziehungen zu verwandten Aktivitäten noch besser integriert werden. Im Besonderen sollen fünf Förderbereiche gestärkt werden:

1. Förderung eines umfassenden Risikomanagements in vom Klimawandel betroffenen Ländern und Unterstützung klimarisikospezifischer Präventions- und Anpassungsmaßnahmen;
2. Klimarisikoanalyse und -bewertung sowie Datenerfassung und -aufarbeitung in vom Klimawandel besonders betroffenen Ländern und Regionen;
3. Stärkung der klimarisikobezogenen Planungen und Institutionen;
4. Stärkung von Instrumenten der Klima- und Katastrophenrisikofinanzierung und -versicherung (inkl. Aufbau des Globalen Schutzschirms);
5. Umgang mit klimabezogener menschlicher Mobilität (Migration, Vertreibung und geplante Umsiedlung).

Ziel des Initiativthemas ist auch, integrative Ansätze zur Reduktion von Klimarisiken in die klimapolitische Debatte zu Verlusten und Schäden einzubringen und auf konkrete Lösungsansätze hinzuwirken.



3.2.6. Migration als Chance (SDG 5,8,10)

Mit einem neuen Initiativthema möchte das BMZ die positiven Potenziale von Migration für nachhaltige Entwicklung fördern, so dass daraus Chancen für Migrantinnen und Migranten, die Herkunfts- und Zielländer („triple-win“) erwachsen. Das Initiativthema trägt vor allem zu SDG 10.7, 5 und 8 sowie den Zielen des Globalen Migrationspakts bei.

Durch innovative Ansätze (z. B. 360-Grad-Migrationshubs in Partnerländer), ressortübergreifende Initiativen und internationale Partnerschaften (z. B. mit EU, Internationale Organisation für Migration (International Organisation for Migration, IOM), etc.) hebt das Initiativthema Potenziale von Arbeits- und Ausbildungsmigration, von freiwilliger Rückkehr und nachhaltiger Reintegration, von regionaler Mobilität und von Diasporakooperation hervor.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf einer feministischen und gendersensiblen Migrationspolitik. Das bedeutet zum Beispiel Empowerment und mehr Teilhabe von Migrantinnen durch Bildung, gezielte Vorbereitung für reguläre Migrationswege und Unterstützung von wirtschaftlicher und sozialer Reintegration von rückkehrenden Frauen.



4. Die 17 Ziele auf einen Blick

4.1. Ausgewählte Aktivitäten des BMZ pro SDG

SDG

Beispiele



Ziel 1: Armut in jeder Form und überall beenden

- **IDPoor**: Kostenlose medizinische Versorgung und soziale Dienste in Kambodscha
- **Malawi**: Aufbau eines sozialen Sicherungssystems
- **InsuResilience Global Partnership**: Stärkung der Widerstandsfähigkeit von vulnerablen und von Armut betroffenen Gruppen durch Klima- und Katastrophenrisikoversicherungen



Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

- **Ernährungssicherung für Flüchtlinge** und anliegende Gemeinden in Gedaref und Kassala State in der Republik Sudan
- **Forest4Future**: Baumreiche Landschaften sichern und fruchtbare, ertragreiche Böden in Asien und Afrika fördern
- **Rechtzeitig stärken**: Unterstützung eines multisektoralen Ernährungsprogramms für Mütter und Kleinkinder in Malawi
- **Nachhaltige Ernährung sichern und Einkommen schaffen in Schulen**: Gemüseanbau für Schulmahlzeiten in der Sahel-Region
- **Resilienz stärken**: Ernährungsbildung für schwangere Frauen und stillende Mütter in Somalia



Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

- **Gesundheitssystemstärkung in Côte d'Ivoire II (KfW)**: Stärkung des Zugangs zu Familienplanung durch verbesserte Verfügbarkeit von modernen Kontrazeptiva, Aufklärung und Fortbildungsmaßnahmen für Gesundheitspersonal
- **Schnell Einsetzbare Expertengruppe Gesundheit (SEEG)**: Unterstützung der Partnerländer bei der Vorbereitung und Reaktion auf Krankheitsausbrüche
- **COVID-19-Sofortprogramm** zur Stabilisierung von Gesundheitssystemen und Minderung der sozio-ökonomischen Folgen der Pandemie
- **Initiative Klinikpartnerschaften – Partner stärken Gesundheit**: Verbesserung der medizinischen Versorgung durch 374 Partnerschaftsprojekte in 65 Ländern

SDG**Beispiele**
Ziel 4: Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

- **Digital Skills Accelerator Africa:** Ausbildung und Beschäftigung von jungen Arbeitskräften im IKT-Sektor in Ghana, Senegal, Ägypten, Ruanda, Côte d'Ivoire und Marokko
- **Duale Studiengänge:** Aufbau praxisorientierter Studiengänge für palästinensische Jugendliche gemeinsam mit der lokalen Wirtschaft
- **Reform der Berufsbildung in Vietnam:** Reformierte Aus- und Weiterbildungssysteme bereiten Auszubildende, Beschäftigte und Arbeitssuchende auf die Arbeitswelt 4.0 vor


Ziel 5: Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

- **Women Entrepreneurs Finance Initiative (We-Fi):** Multigeber-Fonds zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, die von Frauen geführt werden
- **Regionalvorhaben zur Überwindung von weiblicher Genitalverstümmung in Ostafrika:** Stärkung der Handlungsfähigkeiten von Akteur*innen zur Prävention weiblicher Genitalverstümmung (FGM) in Ostafrika
- **#eSkills4Girls:** Digitale Kompetenzen von Frauen und Mädchen fördern und ihre Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven in einer digitalisierten Welt verbessern


Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

- **Sanitärversorgung für Millionen:** Verbesserung des Zugangs zu Wasser- und Sanitärversorgung in Afrika (Uganda), Asien (Jordanien, Pakistan), Lateinamerika und in der Karibik
- **Wasser-Energie-Ernährungssicherheits-(WEF-)Nexus:** Förderung einer nachhaltigen Ressourcennutzung und kohärenten Politikplanung in den Sektoren Wasser, Energie und Landwirtschaft in 5 Regionen
- Unterstützung von Betreiberpartnerschaften: Förderung der **Global Water Operators' Partnerships Alliance (GWOPA)** und der **deutschen Betreiberplattform zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Versorgern in Entwicklungs- und Schwellenländern**
- **Jordanien:** Förderung der Rehabilitierung und des Ausbaus der Wasser- und Abwasserinfrastruktur, insbesondere in flüchtlingsaufnehmenden Gemeinden


Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie

- **Energising Development (EnDev):** Programm für Energiezugang
- **Grüne Bürgerenergie in Afrika:** Unterstützung dezentraler Energieversorgung in ländlichen Regionen Afrikas
- **Indonesien:** 1.000 Inseln – Ländliche Elektrifizierung durch erneuerbare Energien
- **Mexiko:** Energieeffizienz und Erneuerbare Energie in bestehenden Sozialwohnungen

SDG

Beispiele



Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

- **SEDIN**: Breitenwirksame Wachstums- und Beschäftigungsförderung in Nigeria, bspw. über den Zugang zu Krediten und beruflicher Aus- und Fortbildung
- **Wirtschaftspolitische Beratung der moldauischen Regierung**: Verbesserung der Möglichkeiten der Teilhabe an inklusivem Wachstum
- Förderung der Green Economy in der **kirgisischen Privatwirtschaft**



Ziel 9: Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

- **C40 Cities Finance Facility**: Unterstützung von Städten bei der Vorbereitung klimafreundlicher Infrastrukturprojekte
- **EQuIP**: Industriepolitik verbessern durch Zusammenarbeit mit der Organisation der VN für industrielle Entwicklung (UNIDO)
- **Palästinensische Gebiete**: Alternative Ansätze zur finanziellen Inklusion von kleinen und mittleren Unternehmen



Ziel 10: Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern

- **CONNEX Support Unit**: Faire Investitionsverträge zur Mobilisierung von Eigeneinnahmen und Etablierung verantwortungsvoller Lieferketten
- **Addis Tax Initiative**: Sozialverträgliche Ausgestaltung von staatlichen Einnahmen durch die Unterstützung von Partnerländern bei der Mobilisierung von staatlichen Eigeneinnahmen
- **Sahel Adaptive Social Protection Program (SASPP)**: Förderung des Aufbaus von anpassungsfähigen sozialen Sicherungssystemen für die Stärkung der Klimaresilienz von Menschen in der Sahelregion sowie Unterstützung von Regierungen, um in Krisenzeiten schnell zusätzliche Geld- und Sachdienstleistungen bereitstellen zu können



Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

- **Kapazitätsentwicklung durch städtische Infrastrukturmaßnahmen** zur Verbesserung der Lebensbedingungen in ausgewählten informellen Gebieten mit hoher Migrationsrelevanz in Ägypten
- **Smart Cities (SUD-SC)**: integrierte Planungsansätze für die verbesserte Erbringung von städtischen Basisdienstleistungen und Wohnraumversorgung in Indien
- **TUMI (Transformative Urban Mobility)**: Stärkung nachhaltiger Mobilität in Städten
- **Verbesserung von Katastrophenrisikomanagement** in Metropolregionen in Lateinamerika

SDG

Beispiele

**Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen**

- **European Partnership for Responsible Minerals:** Rohstoffe nachhaltig gewinnen
- **Forum Nachhaltiger Kakao:** Gemeinschaftliche Verbesserung der Lebensumstände von Kakaobäuerinnen und -bauern
- **FABRIC:** Verbesserung der Produktionsbedingungen in der asiatischen Textil- und Bekleidungsindustrie
- **PREVENT Abfall Allianz:** Wiederverwertung und Wiederverwendung von Ressourcen

**Ziel 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen**

- **Mali:** Mit dezentraler Bewässerung der Krise entgegenwirken
- **Kenia und Senegal:** Optimierte Herdtechnologien schützen das Klima
- **Bangladesch:** Anpassung von Städten an den Klimawandel
- **Honduras:** Nachhaltiges Ressourcenmanagement unter Berücksichtigung von Klimaaspekten in indigenen Gebieten in La Mosquitia
- **Indien:** Klimafreundliche urbane Mobilität

**Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen**

- **Blue Action Fund:** die Verwaltung und Nutzung von Küsten- und Meeresökosystemen verbessern
- **MeerWissen:** African-German Partners for Ocean Knowledge. Verbesserung der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik für wissenschaftsbasierte Entscheidungen zum Erhalt von Küsten- und Meeresökosystemen
- **Sanierung des Flusses Ganges**

**Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern**

- **REDD Early Movers (REM) Programm:** Pioniere im Waldschutz und in der Bekämpfung des Klimawandels belohnen
- **Schutz und nachhaltige Nutzung von Waldökosystemen und Biodiversität in Laos**
- **KAZA:** Naturschutz über alle Grenzen hinweg
- **Legacy Landscapes Fund:** Biologische Vielfalt für die Menschheit bewahren

**Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für nachhaltige Entwicklung fördern**

- **DeLog:** Netzwerk für internationale Lern- und Reflexionsprozesse im Governancebereich (englisch)
- **Nordirak:** Friedensfördernder Wiederaufbau
- **Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union:** Unterstützung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur
- **Kolumbien:** Den Frieden sichern

SDG

Beispiele



Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben

- Zusammenarbeit mit Globalen Partnern
- Dreieckskooperation/ Förderung von Süd-Süd-Kooperation
- Sambia: Stärkung von guter finanzieller Regierungsführung
- Global nachhaltige Kommune: Lokalisierung der Agenda 2030 durch die Stadt Bonn (Video)
- Geldtransfair: Überweisungen von Migrantinnen und Migranten

4.2. Ausgewählte Beiträge des BMZ zu DNS-Indikatoren

Indikator	Ziele	BMZ Maßnahmen
Indikator 2.2 Unterstützung guter Regierungsführung bei der Erreichung einer angemessenen Ernährung weltweit	Angemessene Steigerung des Anteils der ausgezahlten Mittel für die Anwendung von Leitlinien und Empfehlungen des VN-Welternährungsausschusses (CFS) an den Gesamtausgaben für Ernährungssicherung in Prozent bis 2030	→ Sonderinitiative „EINEWELT ohne Hunger“ (SEWOH) → BMZ-finanziertes Globalprogramm der Welthungerhilfe in vier Ländern leistet Beitrag zum Recht auf Nahrung
Indikator 3.3 Beitrag Deutschlands zur globalen Pandemieprävention und -reaktion	Steigerung der Ausgaben bis 2030	→ Verankerung des One Health-Ansatzes in Programmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit → Schnell einsetzbare Expertengruppe Gesundheit (SEEG)
Indikator 5.1.e Berufliche Qualifizierung von Frauen und Mädchen durch deutsche entwicklungs-politische Zusammenarbeit	Sukzessive Steigerung bis 2030 um ein Drittel verglichen mit Basisjahr 2015	→ „BMZ-Bildungsstrategie: Gerechte Chancen auf hochwertige Bildung schaffen“ → BMZ Positionspapier „Berufliche Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit“ → Initiative #eSkills4Girls

Indikator	Ziele	BMZ Maßnahmen
<p>Indikator 6.2.a Anzahl der Menschen, die einen neuen oder hochwertigeren Zugang zur Trinkwasserversorgung durch deutsche Unterstützung erhalten</p>	6 Millionen Menschen pro Jahr bis 2030	<ul style="list-style-type: none"> → Anstrengungen zur Versorgung mit Wasser, Sanitär und Hygiene. In Ländern wie dem Kongo, Tansania, Uganda oder den Philippinen wird die Krisenreaktionsfähigkeit einheimischer Akteur*innen gestärkt.
<p>Indikator 6.2.b Anzahl der Menschen, die einen neuen oder verbesserten Anschluss zur Sanitärversorgung durch deutsche Unterstützung erhalten</p>	4 Millionen Menschen pro Jahr bis 2030	<ul style="list-style-type: none"> → Verbesserung von Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung und -bildung in Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Förderung von Wissensaustausch und Infrastrukturmaßnahmen wie der Anpassung und Nutzung kostengünstiger Gruppen-Handwascheinrichtungen (WASHaLOT) → fit4schools
<p>Indikator 8.6 Mitglieder des Textilbündnisses</p>	Signifikante Steigerung bis 2030	<ul style="list-style-type: none"> → Begleitende Unterstützungsmaßnahmen zur ambitionierten Umsetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes → Ausbau und Angleichung mit internationalen Kooperationen (bspw. Fair Wear Foundation)
<p>Indikator 13.1.b Internationale Klimafinanzierung zur Reduktion von Treibhausgasen und zur Anpassung an den Klimawandel</p>	Verdopplung der Finanzierung bis 2020 gegenüber 2014	<ul style="list-style-type: none"> → Bilaterale Klimafinanzierung → Grüne Klimafonds (Green Climate Fund, GCF) → Globale Umweltfazilität (Global Environment Facility, GEF) → Klimainvestitionsfonds (Climate Investment Funds, CIFs) → Anpassungsfonds
<p>Indikator 15.3a Erhalt bzw. Wiederaufbau von Wäldern in Entwicklungsländern unter REDD+-Regelwerk</p>	Steigerung der Zahlungen bis 2030	<ul style="list-style-type: none"> → REDD+ for Early Movers – REM“: Kolumbien, Brasilien (Acre, Mato Grosso) und Ecuador zur Einsparung von 74 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen
<p>Indikator 15.3b Deutsche bilaterale Bruttoentwicklungsausgaben zur Umsetzung des Übereinkommens der VN zur Bekämpfung der Wüstenbildung</p>	Steigerung der Zahlungen bis 2030	<ul style="list-style-type: none"> → Sonderinitiative „EINE WELT ohne Hunger“: Schutz natürlicher Ressourcen für Bodenschutz in Partnerländern → Economics of Land Degradation Initiative (ELD) (Bodenschutz)

Indikator	Ziele	BMZ Maßnahmen
Indikator 16.3.b Corruption Perceptions Index in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit	Verbesserung gegenüber 2012 bis 2030	→ Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung mit eigens auf Antikorruption ausgerichteten Projekten: in rund 20 Ländern nationale Institutionen unterstützt, die mit der Prävention oder Bekämpfung von Korruption befasst sind
Indikator 17.1 Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen	Steigerung des Anteils auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2030	
Indikator 17.2 Anzahl der Studierenden und Forschenden aus Entwicklungsländern sowie aus LDCs pro Jahr	Steigerung der Anzahl um 10 Prozent von 2015 bis 2020, anschließend Verstetigung	→ DAAD-Programm „Entwicklungsbezogene Postgraduiertenstudiengänge“ (EPOS) → AvH-Programm „Georg Forster-Forschungsförderprogramm“ → „Grüne Innovationszentren in der Agrar- und Ernährungswirtschaft“
Indikator 17.3 Einfuhren aus am wenigsten entwickelten Ländern	Steigerung des Anteils um 100 Prozent bis 2030 gegenüber 2014	→ Internationale Aid-for-Trade-Initiative, mit bilateralen und multilateralen Beiträgen des BMZ

5. Ausblick

Die ersten Monate der 20. Legislaturperiode waren nicht nur durch die andauernde COVID-19-Pandemie, sondern auch vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geprägt. Dieser Krieg markiert auch für die Entwicklungspolitik eine Zeitenwende. Wir stehen vor neuen Herausforderungen unter anderem in den Bereichen Ernährungs- und Energiesicherheit, aber auch Meinungs- und Pressefreiheit.

Mit einer vorausschauenden und strategischen Zielsetzung leistet das BMZ wichtige Beiträge zur Krisenvorsorge und -bewältigung. Das BMZ nutzt dabei die Verknüpfung zwischen einzelnen Themen wie Klima- und Umweltschutz mit Armuts- und Entwicklungsfragen als entscheidenden Ansatz, um ganzheitlich auf jetzige und kommende Herausforderungen zu reagieren. Die Umsetzung der Agenda 2030 ist dabei ein zentraler Auftrag, um allen Menschen ein würdevolles Leben in einer intakten Umwelt zu ermöglichen.

2021 konnte das BMZ zurückblicken auf 60 Jahre erfolgreicher Zusammenarbeit mit Partner*innen weltweit. Auch für die Zukunft gilt: die Bewältigung globaler Krisen gelingt nur über internationale Zusammenarbeit.

Hierzu stärkt das BMZ das multilaterale Engagement und trägt dazu bei, Außen-, Klima- und Entwicklungspolitik noch stärker zusammenzudenken und dabei die Wirkungskraft zu erhöhen. Deutschland hat dieses Jahr als G7-Vorsitz eine besondere Verantwortung, global koordinierte Lösungen zu entwickeln. Entsprechend verfolgte und verfolgt das BMZ während der deutschen G7-Präsidentschaft ein Programm, das die Erreichung der SDGs in den Mittelpunkt stellt.

Um einen erfolgreichen Beitrag zu einer globalen Transformation im Sinne der Agenda 2030 zu leisten und dabei niemanden zurückzulassen, hat sich das BMZ zu Beginn der 20. Legislaturperiode vier Schwerpunkte gesetzt. Sie bilden den Rahmen für die Bewältigung aktueller Herausforderungen.

Was bedeuten sie konkret?

1. Die COVID-19-Pandemie und ihre Folgen bewältigen, neuen Pandemien vorbeugen

Die COVID-19-Pandemie führt der Welt die Bedeutung von Pandemieprävention und robusten Gesundheitssystemen deutlich vor Augen. Sie hat Entwicklungsfortschritte zunichte gemacht. Das darf sich nicht wiederholen.

Deutschland engagiert sich verstärkt auf bi- und multilateraler Ebene für die Erreichung der gesundheitsrelevanten Nachhaltigkeitsziele und treibt die internationale Zusammenarbeit in der globalen Gesundheit strategisch voran.

Das BMZ wird insbesondere

- einen Beitrag zu einer pandemieresilienten globalen Gesundheitsarchitektur leisten, damit die Welt in Zukunft besser auf Gesundheitskrisen vorbereitet ist.
- sich für den weltweiten Zugang zu Impfstoffen und anderen lebenswichtigen medizinischen Gütern stark machen. Dazu zählt beispielsweise die Unterstützung afrikanischer Länder bei der Herstellung ihres Bedarfs an Impfstoffen auf dem eigenen Kontinent.
- seine Partnerländer bei der Pandemieprävention im Sinne des interdisziplinären One-Health-Ansatzes stärken, der die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt als eng miteinander verbunden und voneinander abhängig versteht.
- seine Partnerländer beim Aufbau inklusiver, digitaler und resilienter Gesundheitssysteme und bei der Basisgesundheitsversorgung unterstützen.

→ sein Engagement für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) ausbauen. Hierzu zählt der Zugang zu Aufklärung, Verhütung, Menstruationshygiene und medizinischer Betreuung von Schwangerschaften und Geburten.

2. Armut und Hunger wirksam zurückdrängen

„Leave no one behind“ (LNOB) - niemanden zurücklassen - das ist der zentrale Anspruch der Agenda 2030. Existentielle Lebensgrundlagen von Menschen zu sichern und Armut und Hunger stärker in ihrem Zusammenspiel zu bekämpfen sind – leider – aktuellere Aufgaben denn je.

Das BMZ ist eine der treibenden Kräfte für die Transformation zu nachhaltigen Agrar- und Ernährungssystemen. In (akuten) Krisensituationen zeigen sich hier Herausforderungen, beispielsweise anfällige Lieferketten und Abhängigkeiten von wenigen Lieferant*innen und Sorten. Deshalb hat sich das BMZ erfolgreich für die Schaffung eines Bündnisses für globale Ernährungssicherheit eingesetzt.

Das BMZ wird insbesondere

- akute Hungerkrisen bekämpfen (z. B. über das Bündnis für globale Ernährungssicherheit) und insbesondere Kinder durch verstärkte Schuler-nährungsprogramme schützen.
- die Transformation hin zu nachhaltigen, widerstandsfähigen Agrar- und Ernährungssystemen fördern, die einen guten Mix aus lokaler Produktion und importierten Nahrungsmitteln ermöglichen, Biodiversität erhalten und den Klimawandel eindämmen.
- sich weiterhin dafür einsetzen, Ungleichheit in und zwischen Ländern zu verringern. Dafür gilt es, ungleiche Verteilung von Vermögen, Ressourcen und Rechten abzubauen.
- soziale Sicherungssysteme auf- und ausbauen. Denn sie sind ein wichtiger Schlüssel für effektive Armutsbekämpfung und Ernährungssicherheit.

→ sich für gute Arbeit, existenzsichernde Löhne und faire, nachhaltige Lieferketten stark machen und die Ausbildung und Beschäftigung vor allem von jungen Menschen fördern.

3. Just Transition entschieden vorantreiben

Den Übergang zu einer klimagerechten Wirtschaft bei steigendem Energiebedarf zu schaffen ist ein Kraftakt für Schwellen- und Entwicklungsländer. *Just Transition* bedeutet, diesen Übergang sozial gerecht zu gestalten. Als Teil einer global gestalteten Strukturpolitik zielen die Maßnahmen des BMZ darauf ab, die Transformation zur Klimaneutralität sozial gerecht auszugestalten. Ein zentraler Schritt auf diesem Weg sind weitere Klima- und Energiepartnerschaften, die das BMZ gemeinsam mit den G7-Partnern auf den Weg bringen möchte. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine bekommt das Thema Just Transition zudem eine sicherheitspolitische Bedeutung. Als Konsequenz muss die globale Energiewende weg von Kohle, Öl und Gas und hin zu erneuerbaren Energien mit allen relevanten Akteur*innen deutlich schneller vorangetrieben werden.

Das BMZ wird insbesondere

- sein Engagement für saubere und sichere Energien ausbauen, um eine lebenswertere und unabhängigere Zukunft für alle Menschen zu schaffen.
- seine Partnerländer dabei unterstützen, gute, klimagerechte Beschäftigung zu schaffen und leistungsfähige soziale Sicherungssysteme zu stärken.
- eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft und eine nachhaltige Umgestaltung der Finanzwirtschaft vorantreiben.
- arme Länder dabei unterstützen, sich besser an den Klimawandel anzupassen sowie Artenvielfalt und natürliche Lebensgrundlagen zu schützen.
- sich dafür einsetzen, Städte zu klimagerechten, lebenswerten Wohnräumen zu machen.

4. Feministische Entwicklungspolitik etablieren

Strukturelle Ungleichheiten und Ungleichbehandlung prägen die Welt auch im 21. Jahrhundert. Mit einer feministischen Entwicklungspolitik will das BMZ dabei vorangehen, Chancengleichheit für alle Menschen zu erreichen, diskriminierende Machtstrukturen und Rollenbilder zu überwinden und Frauen und Mädchen sowie LSBTIQ+-Personen zu stärken.

Für eine feministische Entwicklungspolitik braucht es starke Partnerschaften und internationale Allianzen. Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft platziert das BMZ feministische Entwicklungspolitik daher auf der internationalen Agenda. Doch nicht nur auf der multilateralen, auch auf der nationalen Ebene soll das Thema stärker verankert werden, u.a. durch den Aufbau eines eigenständigen Referats „Geschlechtergerechtigkeit“, eine Strategie zur Feministischen Entwicklungspolitik sowie durch einen neuen, finanziell unterlegten Gender-Aktionsplan.

Das BMZ wird insbesondere

- die Rechte von Frauen und Mädchen sowie LSBTIQ+-Personen stärken. Hierzu gehören sexuelle und reproduktive Rechte genauso wie die Gleichheit vor dem Gesetz ungeachtet der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität.
- sich für die gleichberechtigte politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe (Repräsentanz) von Frauen und Mädchen sowie LSBTIQ+-Personen einsetzen.
- den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen für Frauen und Mädchen sowie LSBTIQ+-Personen stärken. Hierzu zählen u. a. Produktionsmittel, Land, Beschäftigung und finanzielle Dienstleistungen.
- Kinderrechte und Kinderschutz insbesondere in Kriegs- und Fluchtsituationen in den Vordergrund stellen. Dazu zählt Schutz vor Kinderhandel, Kindesmissbrauch, Zwangsprostitution oder Kinderheirat.

→ dazu beitragen, geschlechtsbasierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen – und gegen Menschen mit anderen Geschlechtsidentitäten – zu verhindern.

Dieser Ressortbericht gibt nur einen kleinen Überblick über das vielfältige und zukunftsgerichtete Portfolio des BMZ. Wir sind überzeugt, dass Antworten für globale Nachhaltigkeitsherausforderungen nur global gefunden werden können. Deshalb ist und bleibt die Entwicklungszusammenarbeit ein zentraler Baustein der deutschen Innen- und Außenpolitik.

Impressum

HERAUSGEBER

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

REDAKTION

BMZ, Referat 410 (Agenda 2030, Armut und Ungleichheit)

STAND

August 2022

DRUCK

BMZ
Gedruckt auf Blauer-Engel-zertifiziertem Papier

GESTALTUNG

familie redlich AG – Agentur für Marken und Kommunikation

BILDNACHWEIS

U2: Steffen Kugler
S. 17, 18, 36, 39, 41, 43, 46, 48-55: Vereinte Nationen/un.org
S. 21: BMZ und familie redlich AG – Agentur für Marken und Kommunikation
S. 25: Bundesregierung
S. 35 oben: BMZ und familie redlich AG – Agentur für Marken und Kommunikation;
unten: Ute Grabowsky /photothek.net
S. 37: GIZ/Binh Dang
S. 40: Thomas Imo/photothek.net
S. 42: GIZ/Khulan B
S. 44: Michael Gottschalk/photothek.net
S. 47: Thomas Imo/photothek.net

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
Tel. +49 228 99535-0
Fax +49 228 9910535-3500
→ BMZ Berlin
Stresemannstraße 94 (Europahaus)
10963 Berlin
Tel. +49 30 18535-0
Fax +49 228 9910535-3500

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bmz.de